

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einzelständig 60 Pf. Postzeitungs- und
72 Pf. Postzeitungsübersee Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
Unterhaltung und Witzblätter „Frauen-
stimme“, „Lachzettel“, „Bild in die
Wäckerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die „Einzelhefte“ des „Vorwärts“
zu 20 Pfennig, „Kleine Anzeigen“ des
„Vorwärts“ zu 25 Pfennig (zuletzt zum
letztenmaligen Heft), jedes weitere Heft
zu 12 Pfennig. Bestellungspreis des ersten
Heftes 15 Pfennig, jedes weitere Heft
zu 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
gehören für zwei Worte. Arbeitsmarkt
zu 20 Pfennig. Familienangelegenheiten
zu 40 Pfennig. Anzeigenannahme unentgeltlich
bis Freitag 3. monatlich
von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbesonnto: Berlin 37536. — Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65 D t u Disc-Gel. Postkassenk. Lindenstr. 3.

Krise um Moldenhauer.

Er will gehen — das Kabinett will ihn halten — Brüning morgen bei Hindenburg.

Reichsfinanzminister Moldenhauer hat gestern sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Das Reichskabinett trat abends um 6 Uhr zusammen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit dem angebotenen Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Moldenhauer und bat ihn einmütig, von seinem Gesuche Abstand zu nehmen. Da der Reichsfinanzminister demgegenüber auf seinem Rücktrittsgesuch beharrte, wird der Reichskanzler hierüber dem Reichspräsidenten Vortrag halten.

Die Krise der Regierung Brüning ist da. Das Reichskabinett hat sich so stark mit Herrn Moldenhauer solidarisiert, daß sein Rücktritt notwendig den formellen Rücktritt des gesamten Kabinetts nach sich ziehen müßte. Die Krise tritt ein am 30. Tage des Bestands des Kabinetts.

Am Beginn dieser 80 Tage standen die starken Besten, die Vorhuplarbeiter für das Kabinett der Frontsoldaten und seinen Führer Heinrich Brüning. Dann kamen die Laten: die Finanzvorlagen vom April, der Handel mit den Bayern und der Wirtschaftspartei, die Verabschiedung der verflümmelten und verhöferten Deckungsgesetze mit Ach und Krach. Das Kabinett hat sich ob dieser Laten selbst gefelert. Herr Moldenhauer rühmte sich noch am 2. Mai, daß „die Deckung des Haushalts 1930 in einer Weise erreicht ist, die, soweit überhaupt eine Voraussicht über die kommende Entwicklung möglich ist, zum ersten Male seit 1925 das Auftreten eines Fehlbetrags verhindert und damit das Fundament für die Steuerföschung im Jahre 1931 schafft.“

Kaum eine Woche später stellte sich ein Fehlbetrag heraus, den Herr Moldenhauer selbst auf drei Viertel Milliarden schätzte — ein Riesenscheitern noch vor der Verabschiedung des Etats.

Am Ende dieser 80 Tage steht die Suche nach der Deckung des neuen Fehlbetrags, die innere Auflösung der Brüning-Koalition und die Krise.

Die Krise der Regierung Brüning tritt ein wie die Krise der Regierung Müller. Sie ist wieder herbeigeföhrt worden von der Deutschen Volkspartei — diesmal mit tatkräftiger Unterstützung durch Demokraten und Wirtschaftspartei und über dieselbe Frage wie bei der Regierung Müller. Es geht um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und um den Ausgleich des Etats. Herr Moldenhauer stand seinerzeit gegen die sozialdemokratischen Vorschläge und hat damals gemeinsam mit seiner Fraktion die Krise herbeigeföhrt. Jetzt hat er unter dem Druck der Tatsachen selbst Deckungsvorschläge vorgelegt und ist dabei das Opfer seiner Fraktion geworden, die unter dem Druck des Defizits gegen die Arbeitslosenversicherung aufs ganze gehen will und deshalb die Deckung ablehnt. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei hat durch stärksten Druck auf Herrn Moldenhauer das Rücktrittsgesuch veranlaßt.

Noch jede Krise, die die Volkspartei herbeigeföhrt hat, sollte der Verstärkung sozialreaktionärer Tendenzen dienen — so auch diese. Herr Moldenhauer ist diesmal Objekt der Volkspartei — aber er ist deswegen nichts weniger als ein tragischer Held. Er hat sich noch gestern in seinen Erklärungen vor dem Reichsratsausschuß bemüht, den sozialreaktionären Charakter des Gesamtprogramms zu verschärfen, er hat einen Angriff auf die gesamte Sozialversicherung und das Schlichtungswesen angekündigt, aber die Volkspartei verlangt darüber hinaus von ihrem Finanzminister, daß er ein Minister gegen die Finanzen des Reiches sei.

Die Entscheidung über die Annahme des Rücktrittsgesuchs liegt beim Reichspräsidenten, der offenbar Herr Moldenhauer zum Bleiben bewegen soll, um die Gesamtdemission des Kabinetts zu vermeiden. Das Kabinett Brüning hat für seinen Fortbestand eine Chance — sie besteht darin, daß nirgends Neigung vorhanden ist, seine Erbschaft anzutreten. Nicht seine innere Stärke oder seine Leistungen bilden die Grundlage seiner Existenz, sondern

allein dieser fatale Umstand. Aber diese Chance für den Fortbestand bedeutet noch keine Mehrheit für seine Projekte! Die Sitzung des Reichsratsausschusses hat ergeben, daß schon im Reichsrat keine Mehrheit für die jetzigen Deckungsvorlagen vorhanden ist.

Eine Chance für die Beilegung der Moldenhauer-Krise und damit der Krise des Kabinetts Brüning — aber die Krise der Politik und der Arbeitsmethoden des Kabinetts läßt sich nicht beilegen, ebensowenig wie sich die Laitsache verborgen läßt, daß die Regierung der „Frontsoldaten“, der „starken Führerpersönlichkeiten“, des messianischen Führers nach 80 Tagen ihrer Existenz alles Prestige verloren hat und nur noch kümmerlich ihre Existenz fristet.

Der Reichspräsident ist zur Zeit noch auf Gut Neudeck in Ostpreußen. Der Reichskanzler wird ihn am Freitag aufsuchen.

Sozialdemokratie/Deckungsprogramm Die Reichstagsfraktion lehnt Moldenhauer-Programm ab.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage und den Deckungsvorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. In dieser Aussprache wurde

allgemein die Notwendigkeit anerkannt, die Fehlbeträge des Reichshaushalts alsbald zu decken und damit eine wichtige Voraussetzung für die Belebung der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik zu schaffen.

Dagegen wurde dem Versuch, die jetzige Wirtschaftskrise zu einem allgemeinen Abbau der Löhne und Gehälter sowie der Sozialpolitik zu benutzen, entschiedenster Widerstand angefündigt. Das gilt insbesondere von den Vorschlägen der Reichsregierung zum Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung.

Volle Uebereinstimmung bestand darüber, daß das wichtigste Erfordernis in der gegenwärtigen Situation die Arbeitsbeschaffung sei.

Uebereinstimmung herrschte ferner über die Notwendigkeit erheblicher Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben. In erster Linie müssen die militärischen Ausgaben erheblich herabgesetzt und der gegenwärtigen Notlage des Reiches und des Volkes angepaßt werden. Das gilt auch für viele andere Ausgaben, so z. B. für die des auswärtigen Dienstes, für die hohen Pensionen usw.

Soweit durch Ersparnisse die Deckung der Fehlbeträge nicht erzielt werden kann, ist die Beschaffung neuer Einnahmen unerlässlich.

Das Deckungsprogramm der Reichsregierung jedoch wurde von der Fraktion sowohl in seinen Grundgedanken als auch in vielen Einzelheiten abgelehnt.

Da der Fraktion eine große Zahl von positiven Vorschlägen vorlagen, durch die die Ueberwindung der Wirtschaftskrise angebahnt und die Finanzsanierung erzielt werden sollen, wurde der Vorstand der Fraktion beauftragt, der Fraktion in ihrer nächsten Sitzung Richtlinien zu unterbreiten.

Macdonalds Antwort.

Keine Koalition, aber gemeinsames Komitee auch mit den Konservativen.

London, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Die Antwort auf das Bündnisangebot Lloyd Georges an die Labour-Regierung ist am Mittwoch nachmittag von Macdonald im Unterhaus während der Debatte über die Arbeitslosenfrage erteilt worden. Der Ministerpräsident erklärte, er lehne jede Koalition mit einer anderen Partei ab. Die Verantwortung für die politische Führung des Landes und die letzten Entscheidungen über die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit müsse sich die gegenwärtige Regierung unter allen Umständen vorbehalten. Die durch die Weltwirtschaftskrise heraufbeschworene Lage des Landes habe jedoch der Arbeitslosigkeit eine solche Ausdehnung gegeben und England in eine so schwierige Lage gebracht, daß er, Macdonald, eine Einladung sowohl an Lloyd George wie an Baldwin habe ergehen lassen, damit die drei Parteien des Unterhauses in einer gemeinsamen Sitzung die kritische Lage besprechen und durch ein gemeinsames Komitee Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beraten können.

Lloyd George erklärte sich mit dem Vorschlag Macdonalds einverstanden. Die Antwort der Konservativen steht noch aus.

Bethlen in London.

Pariser Deutungen.

Paris, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Vom Londoner Besuch des Grafen Bethlen befürchtet die Presse der Rechten, daß er den Auftakt einer neuen Offensive für die Revision des Trianon-Friedens bedeute, zumal Macdonald sich zu Beginn der Rothermere-Kampagne für die Revision des Trianon-Vertrages eingesetzt habe.

Im sozialistischen Lager sucht man Macdonalds Verhandlungen mit Bethlen aus dem Bestreben der englischen Arbeiterpartei

zu erklären, Ungarn aus dem immer bedrohlicher werdenden Faschismus in Südeuropa zu lösen und in eine stabilere politische Konstellation, etwa in die der Kleinen Entente, überzuführen. Leon Blum gibt allerdings im „Populaire“ der Meinung Ausdruck, daß eine solche Taktik verfehlt sei, da sie dem Faschismus die Ehre erweise, ihn ernst zu nehmen und die Gefahr in sich berge, das ungarische Bestreben zur Wiederherstellung der Habsburg-Herrschaft an der Donau zu fördern.

Die Kleine Entente ist der Bund jener Staaten, die große Teile Mitteleuropas, und zwar keineswegs nur nicht-magyarische, besitzen, beherrschen und diesen Besitz behaupten wollen. Das Ungarn von heute kann und wird sich diesem Bund nicht anschließen. (Neb. des „Vorwärts“.)

Tardieu muß bekennen!

Sozialistischer Vorstoß um die verschwundenen Milliarden.

Paris, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Dank der Initiative der sozialistischen Fraktion wird der Skandal der verschwundenen Milliarden des Tresors endlich in der französischen Kammer in aller Öffentlichkeit gelichtet werden.

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch beschlossen, im Laufe der Bollziehung des Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der verlangt, daß die Finanz- und Hoereskommission unverzüglich über die Einnahmen und Lasten des Schatzamtes einen ausführlichen Bericht vor der Kammer erstatten und die Kammer die Kommission zur Durchführung dieser Aufgabe mit weitgehenden Vollmachten ausstatte. Die für Donnerstag angelegte Diskussion des sozialistischen Antrages wird die Regierung zwingen über den Verbleib der verschwundenen Milliarden mit der Wahrheit herauszurücken. Unter diesen Umständen steht man der Debatte in hiesigen politischen Kreisen mit allgemeiner Spannung entgegen.

Moldenhauer vor dem Reichsrat.

Plädoyer für Lohnsenkung.

Der Reichsratsausschuss begann am Mittwoch mit der Generaldebatte über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung und die Deckungsfrage der Reichsregierung.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer nahm zu Beginn der Sitzung das Wort zu einer kurzen Begründung der Deckungsfrage. Die Durchführung einer geordneten Finanzpolitik verlange unbedingt die Abdeckung des erkennbaren Defizits, wenn der Kredit Deutschlands nicht schweren Schaden leiden solle. Eine Erhöhung der indirekten Steuern oder eine Neueinführung solcher sei, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Rahmen möglich, weil von einem solchen Vorgehen eher Kindererträge als Reinerträge zu erwarten seien. Eine neue Belastung der Wirtschaft durch unmittelbar sie treffende direkte Steuern sei wegen der schon bestehenden Ueberlastung der Wirtschaft unmöglich. So sei der Gedanke entstanden, die Arbeitslosen zu einer „Reichshilfe“ heranzuziehen, nachdem man den Etat, soweit es noch möglich sei, verkleinert habe.

Nur sehr schweren Herzens habe er sich zu diesem Entschluß durchgerungen.

Dieser Entschluß sei für ihn schließlich nur tragbar gewesen, weil diese Reichshilfe nur ein Teil eines großen Programms sei, dessen Endziel die Ueberwindung der schweren Depression bilde, unter der die deutsche Wirtschaft leide und die sich in der riesenhaften Ziffer von Arbeitslosen äußere. Dieses Gesamtprogramm müsse darauf hinauslaufen, auf der ganzen Linie zu einer sparsameren Wirtschaft zu gelangen.

Daher die Vorschläge zur Verringerung des Beamtenapparates und der Reform der Verwaltung, die in engem Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Reichsreform gebracht werden sollen. Daher die Vorschläge zur Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die

auf die erste Etappe auf dem Wege einer großen Reform der Sozialversicherung überhaupt sein können.

Daher auch die Notwendigkeit, das Wohnproblem als solches anzugreifen. Die Regierung habe gezeigt, daß sie durchaus gewillt sei, in dieser Frage ernst zu machen. Das zeige die Verbindlichkeitsklärung des Deinghauser Schiedspruches.

Es müsse der Versuch gemacht werden, auf dem ganzen Gebiet der Produktion zu einer Senkung der Löhne und Preise zu gelangen.

Die Regierung werde alles, was in ihren Kräften stehe, tun, um dieses Ziel zu erreichen. In diesem Zusammenhang könne dann aber auch nicht an dem größten Ausgabenposten, den Gehältern, vorbeigegangen werden. Es handele sich deshalb nicht um ein einseitiges Kapitäl, das von einer bestimmten Gruppe verlangt werde, sondern um einen Versuch, über die Ausgabenlenkung zu einer Preisentwertung zu gelangen. Lehne man diese Vorschläge ab, so bleibe nur die Möglichkeit, entweder den Etat ungedeckt zu lassen oder zu Steuern zu greifen, die produktionshemmend seien, wie es der Vorschlag etwa der sozialdemokratischen Fraktion zeige.

Gegen nationalsozialistische Verleumdungen.

Die Verleumder müssen sich verantworten.

In nationalsozialistischen Zeitungen und Versammlungen wird behauptet, daß „die deutsche Revolution mit französischem Geld gemacht worden ist“ und daß „Dittmann und Crispian in hoher Beziehung zu französischen Offizieren“ gestanden haben. Die Genossen Dittmann und Crispian haben den Genossen Landsberg als ihren Rechtsbeistand beauftragt, gegen die Verleumdungen strafrechtlich vorzugehen.

Das Urteil im Ulstein-Prozess.

Kein Grund zur Entlassung — aber kein Recht auf Wiedereinsetzung.

Die Abweisung der Klage Dr. Franz Ulstein auf Wiedereinsetzung als Vorstandsmitglied der Ulstein L.G. durch das Handelsgericht ist bereits kurz gemeldet worden. Das Urteil hat, wie ergänzend hinzugefügt sei, das Vorhandensein wichtiger Gründe für die Aufhebung des Anstellungsvertrages verneint. Dagegen wurde der Antrag von Dr. Franz Ulstein auf Wiedereinsetzung aus juristischen Gründen abgelehnt, weil die Berufung eines Vorstandsmitgliedes durch den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft nach dem geltenden Recht willkürlich erfolgen kann, eine Begründung also nicht erforderlich ist.

Nationalsozialistische Musterzeugen.

„Sie lägen ja Berufs- und gewerbmäßig.“

Schweidnitz, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Im Schweidnitzer Prozeß wurden am Mittwoch mehrere Nationalsozialisten aus Reichenbach vernommen, von deren Beteiligung an der Schlägerei man erst nach dem ersten Prozeß erfuhr. Meist denn je kam im Verlauf der Vernehmungen der Gegensatz zwischen dem polizeilichen Protokoll und den früheren eidlichen Aussagen der Zeugen zum Ausdruck. Die Zeugen sind von der Polizei überraschend vernommen worden, so daß sie keine Gelegenheit hatten, sich vorher zu verständigen. Infolgedessen haben sie fast übereinstimmend wahrheitsgemäße Schilderungen über den Verlauf der Schlägerei gemacht. Vor Gericht lägen sie alles, was in dem Protokoll festgehalten ist, obwohl ein Unbeteiligter, der damals von den Nationalsozialisten zur Teilnahme an der Schweidnitzer Versammlung aufgefordert wurde und an ihr auch teilgenommen hat, vor Gericht seine erste Schilderung auftrug. Die Nationalsozialisten erklärten demgegenüber, daß sie vor der Polizei gelogen haben. Der Vorsitzende ermahnt sie wiederholt, daran zu denken, daß sie unter Eid stünden. Einem der nationalsozialistischen Zeugen hält der Vorsitzende entgegen: „Sie lägen ja Berufs- und gewerbmäßig. Schämten Sie sich nicht?“

Die Verhandlung ergab im übrigen, daß die „polizeilichen Vernehmungen von dem Verlauf der Schlägerei ein wahres Bild geben. Der Polizeisekretär, der die Protokolle angefertigt hat, gibt an, daß er bei der Vernehmung mit großer Sorgfalt gehandelt habe, um von vornherein jede Falschheit zu unterbinden. Der Staatsanwalt beantragte, die Verurteilung von zwei Nationalsozialisten auszusprechen, weil der Verdacht der Mittäterschaft bestehe. Das Gericht beschloß jedoch die Verurteilung vorzunehmen.

Kulturdebatte im Reichstag.

Sozialistischer Kulturwille und christliche Ansprüche. — Neues über Frids Amtsführung.

In der Reichstagsfraktion am gestrigen Mittwoch sprach weiter:

Abg. Frau Lang-Drummann (Bayer. Sp.): Das Sänglingsleben in Ulstein erschütterte das Vertrauen in den Herzogtum, der ein so unbewährtes Mittel an gesund geborenen Kindern anwendet. Die Hebammen müssen auf ihre eigentliche Aufgabe beschränkt bleiben und dürfen nicht ärztliche Berechtigungen ausüben.

Die Königenschwestern arbeiten oft unter unerträglichen Bedingungen, trauen sich aber aus Angst um ihre Stellung nicht, Beschwerden zu erheben.

Die inoffiziellen Massagen sind größtenteils Bordelle, der Staat darf solche Befehlsleistungen nicht dulden, wenn auch manche Städte sich „wegen des Fremdenverkehrs“ dagegen sträuben. (Sehr richtig! in der Mitte.) Schulbeginn und Schulstufung sollten endlich im ganzen Reich gleichgestellt werden.

Abg. Alpers (D. Hann.) beklagt die Nichtdurchführung der Reichszentralisation und wendet sich gegen alle Einschränkungen der Länderrechte.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.):

Es ist zum Brauch geworden, daß die meisten Parteien bei der Besprechung des Innenrats Befehlsleistungen über ihre Haltung zu kulturpolitischen Fragen ablegen. Ich will mich für meine Fraktion diesen Brauch nicht entziehen, obwohl in der heutigen Zeit der fürchbaren proletarischen Rat das vielleicht beim Etat des Arbeitsministeriums besser angebracht wäre.

Wir sind auch in allen Kulturfragen gesellschaftsrevolutionär.

Der Kapitalismus selbst treibt unbewußt alle Verhältnisse zur permanenten und immanenten Revolutionierung durch den Klassenkampf. Abg. Spahn hat darin recht, daß die Klassengegensätze den Staat zu erdrücken drohen, aber das gilt nur vom bürgerlichen Staat, und das Patentmittel der ständischen Reorganisation ist nicht geeignet, die Schäden des Kapitalismus zu heilen. Der Kapitalismus schafft selbst durch seine Kollektivierung der Arbeit die Voraussetzung des neuen kollektiven Menschens.

Der kollektive Arbeitsvertrag, Sozialhygiene, soziale Kulturpolitik zeigen das Heranwachen einer neuen Kollektivkultur.

Wir gehen, wenn wir die Schöpfung dieser neuen Kultur bewußt unterstützen, von der materiellen Grundlage des gesellschaftlichen Lebens als Voraussetzung aus. Dieser unter Materialismus hat wenig mit dem bürgerlichen naturwissenschaftlichen oder ethischen Materialismus zu tun. Wir wollen das materielle Leben, die Grundlage alles Kulturlebens, für die Massen sicherstellen und auf eine höhere Stufe heben. Millionen Menschen leben unter dem Druck der Reaktion, die sie in alte patriarchalische Verhältnisse zurückstoßen will. Aber der Kapitalismus macht die Persönlichkeit zur unpersonlichen Ware Arbeitskraft. Wenn wir unsere Politik nicht auf diese Tatsache stützen, so wird sie wirkungslos. Wir müssen

die Massen zu bewußten Trägern einer neuen Gesellschaft machen, sie dazu veranlassen, diese Welt als ihr eigenes Werk zu sehen, das sie mit ihren eigenen Kräften verändern können.

Erst dann, wenn dieses Bewußtsein die Massen beherrscht, kann für die ungeheure Mehrheit eine wirkliche Kultur geschaffen werden an Stelle des Gegenplatzes zwischen kulturlosem Genid der Besitzlosen und überfeinerer Kultur einer dünnen besessenen Schicht. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie und des Marxismus, der von allen sogenannten Volkstümpern als Volkserbter bekämpft wird, die Erweckung der Massen für dieses Ziel ins Werk gesetzt zu haben.

Die Nationalsozialisten tun, als hätten sie ein solches kollektivistisches Ziel wie wir, aber ihre sozialen Forderungen sind unseren Programmen gestohlen

und entsteht die Begründung ihrer Politik ist unklare Mystik und schamlos wissenschaftliche Fälschung. Wir verlangen Geltungsraum für die Ansprüche der Arbeitermassen, die sich ihren Anteil an der Kultur erkämpfen haben und nicht mehr rauben lassen. (Lebhaftes Zustimmung der Soz.) Darum verlangen wir immer die Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden. Wir lassen es uns nicht länger gefallen, daß neun Zehntel aller Richter, Staatsanwälte, Ärzte und sonstigen sogenannten Kulturträger der kleinen Schicht von Besitzenden entnommen werden. Wir sind grundsätzlich für eine reichsgesetzliche Regelung der Schulfragen, aber wir sind der Ansicht, daß augenblicklich der Streit um die verschiedenen Probleme der Bekennerschule um so ungeschicklich und in einem Maße abhängig von reinen Parteinteressen geführt wird, daß ein

endgültiges Reichsschulgesetz mit einer befriedigenden Regelung der Rechte der weltlichen Schulen und anderer Arbeiterforderungen in den Schulfragen noch nicht möglich

ist. Wir bedauern, daß die konfessionelle Voreingenommenheit gegen die weltliche Schule so weit geht, daß die entscheidenden pädagogischen Neuerungen, die in den weltlichen Schulen geschaffen worden sind, dort fast überhaupt nicht beachtet werden. Wir sind grundsätzlich für politische und religiöse Toleranz. Abg. Schreiber hat gestern einen Auspruch der sozialdemokratischen Abg. Frau Stemann vom Reichstag zitiert, jedoch leider nicht im authentischen Wortlaut. Anna Stemann hat nämlich auf dem Reichstag die Achtung und Toleranz für jede christliche und wahrhaft innerliche religiöse Ueberzeugung gefordert, aber sie hat darauf hingewiesen, daß

die großen religiösen Organisationen zugleich politische Machtorganisationen

sind und als unsere politischen Gegner auftreten. Diesen Organisationen gegenüber als politischen Machtfaktoren hat sie eine Präzisierung der Stellungnahme unserer Partei gefordert. Wenn man Toleranz von uns verlangt, so muß man auch Toleranz uns gegenüber üben, was bisher in den wenigsten Fällen geschehen ist. (Beifall der Soz.)

Abg. Joos (Sp.) erwidert dem Volksparteiler Künzel, daß Ministerial Liberalität des Willens und außerdem von acht aemantlicher Diszipliniertheit (Helterkeit), in der Würdigung mit dem Zentrum über die Schule vollkommen einig sei. Dem Dr. Löwenstein erwidert der Redner, daß auch er Volkskultur durch und für das Volk wolle, aber nicht von der Klasse her. In der Ruhr und Wupper leben Proletarier, die mehr volks- als klassenmäßig fühlen, auch wenn sie sozialistisch wählen.

Die reaktionäre, volkstrennde Rede Coerlings läßt erkennen, warum der konfessionelle Gedanke in Deutschland an Boden verliert.

Der vom Minister eingeleitete Ausschuss für Bevölkerungspolitik sollte auch das Problem der Hebräerarbeit von Chefrufen diesen unmöglichen Zustand, daß der arbeitslose Mann der arbeitenden Frau das Essen zur Hand bringt, im Auge behalten. Bei der überschnellen Rationalisierung ist die Rücksicht auf die Familien ganz beiseite gelassen worden. Die langdauernde Erwerbslosigkeit zerstört die Familie. (Zuruf von den Komm.) Sagen Sie das Ihrem Parteigenossen Künzel! Der weiß das. Die Eheberatungsstellen, erziehen vielmehr auch Ratschläge, die die Familien nicht stärken. (Zuruf von den Komm.) Sie erkennen doch selbst das Elend! Wie müssen Sie es denn ändern? Wir sind sehr beim Etat des Innern, dazu gehört nicht diese Frage, wohl aber die Bitte an den Minister, die schreiend ausgemachten Bahnhofsautomaten mit Schutzmitteln gegen Empfindnis und Anpöndelung nicht zu dulden, denn diese Mittel zerstören die Familie. (Lebhafter Widerspruch äußerlich links.)

Gewiß hat die sozialistische Arbeiterjugend ein ethisches Streben, aber Kulturbolschewismus gibt es doch.

Achtung jeder christlichen Ueberzeugung, aber keine relative Beifolgschaft kann der Religion gleichgestellt werden.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Ein nationalsozialistischer Polizeiminister sollte in der Deutschen Republik unmöglich sein, das ist ja der Tod als Fliegärtner. In Bayern hat man die frühere Duldung dieses Unfugs gründlich aufgegeben. Dieselben Leute, die angeblich die nationale Würde gepachtet haben, reifen hier die Reichsregierung und den Staat herunter. 17 Millionen will die Frid-Regierung von der Staatsbank leihen, hier aber redet er große Lüge. Coerling hat Otto Braun Eingriff in die Justiz zu Unrecht nachgelagert, Frid aber hat den unabhängigen Kreisverwaltungsgerichten vorgeschrieben, wie sie Konfessionsgehörige behandeln sollen.

Frid verfaßt besonders, das weltliche Berufsausbildungsschulwesen abzuschaffen; er setzt die Pflanzstunden herab, das Schulgeld hinauf, entläßt Lehrer, verhängt Prüfungsperre, so daß die jungen Leute ihr kostspieliges Studium nicht abschließen können. Dem Volkshochschulwesen hat dieser „Volkshochschulminister“ den ganzen Staatszuschuß entzogen, ebenso der Volkshochschule Dreißigtausend (Zuruf von den Soz.) Das haben die bürgerlichen Parteien mitgemacht! und der Hochschule Tinz trotz stiftungsmäßiger Verpflichtung.

Eltern und Kinder müssen vor postischem Mißbrauch der Schule geschützt werden. Gestern hat Frid behauptet, sie wollten nur eine geistige Revolution; das ist entweder eine Feigheit oder das nationalsozialistische Programm ist ein Beitrag an den eigenen Anhängern. Wir verlangen die Reichsangehörigkeit an Stelle der Landesbürgerschaft. Das erste Bemühen um die Ehegesundheitsreform als Kulturbolschewismus zu bezeichnen, ist höchst unangebracht. (Beifall links.)

Abg. Frau Dr. Mah (D. Sp.): Wir haben heute 42 verschiedene Formen höherer Schulen. Vereinheitlichung ist dringend notwendig, ebenso bei der Lehrerbildung. Die Vereinheitlichung ist ohne Verfassungsänderung durch Anwendung des Artikels 10 der Verfassung durchzusetzen. Die Rednerin spricht über den olympischen Kongreß und erklärt Spitzleistungen als nötig für die Sportpropaganda, rückt von dem Schmelz-Ammel ab und fordert pflichtmäßigen Turn- und Sportunterricht in den Berufsschulen. Das Verlangen, alle Turn- und Sportlehrer zur Unfallversicherung zu verpflichten, ist eine abgelenkende Belastung der Körperpflege. Das Sportforum muß unbedingt bis zur Olympiade 1936, die in Berlin stattfindet, fertiggebaut werden. Eine Novelle zum Fünfgesetz muß

Abwehrbestimmungen gegen Ausföhrung anfeindlicher Hetzflüge im Ausland

bringen. Wir stellen uns hinter die Entscheidung gegen den Kulturbolschewismus und lehnen die von den Sozialdemokraten geforderte Erziehung des Schuges des Religions durch Schutz der Weltanschauung in der anderen Entscheidung ab. Wir verlangen ein Gesetz über das Dienstverhältnis der Beamtinnen.

Abg. Frau Weber (Sp.): Man hat Frid mit der ausgedehnten Debatte viel zu viel Ehre angetan. (Sehr wahr in der Mitte und links.) Der sozialistische Kulturwille soll nicht unterdrückt werden, aber wir verlangen ebenfalls Raum für die deutsch-christliche Volksbewegung.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.): Der Demokrat Dr. Haas hat einmal geschrieben, daß die Republikaner besorgt sind über die Entwicklung dieser Republik. Meine sympathische Vorrednerin hat erklärt, wir wählten endlich zu einem deutschen Staat kommen. Sozialdemokraten wollen eine sozialistische Republik. Die Volkspartei stellt grundsätzliche Verfassungsanträge — alle sind gegen diesen Staat, wir sind die eigentliche Staatspartei. (Große Heiterkeit.) Die Übergabe der Mehrheit unserer Partei ist republikanisch, wenn auch nicht für diese bemerkenswerte Republik. Herr Solmann hat mit dem Ausdruck „Strochewismus“ (Abg. Solmann: Sie waren nicht gemeint!) Millionen (schwer beleidigt, daß ich die Nichterteilung des Ordnungsrufs bedauere. (Heiterkeit.)) Die ich im Namen der (Zuruf der Soz.: Kathanau, Strochewismus!) Die haben wir nicht als Strochew bezeichnet. Wir sind auch keine Antisemiten (Hört! Hört!), die semitischen Arbeiter, die die Juden aus Palästina hinausschmeißen, sind uns durchaus sympathisch. (Heiterkeit.) — Zum Schluß prophezeit der Redner, dem der Kommunist Torgler beipflichtet, daß er

eine staatsmännliche Rede

halte. Die Volksparteier würden nach einem Sieg der Nationalsozialisten sich um die Zusammenarbeit mit ihnen bewerben.

Abg. D. Mumm (Chr.-Nat. U. G.) verlangt wie in Amerika Bratundfunksender für kirchliche und andere Bestandsangelegenheiten.

Abg. Döblich (Chr.-Nat. Bauernp.): Aus der Schule muß alle Politik verschwinden. Was man Frid vorwirft, ist aber von sozialistischen Ministern in gleichem Maße getan worden. Der Redner zitiert zum Beweis das thüringische Amtsblatt von 1923 mit Gedichten für Schulmaler.

Abg. Solmann (Soz., persönlich): Abg. Stöhr hat als erster Nationalsozialist eine sachliche Rede im Reichstag gehalten. Mit „Strochewismus“ habe ich keine Parteien, sondern politische Kavibolde bezeichnet, die Verammlungen sprengen und Andersdenkende niederschlagen. Nach den Ausführungen des Abg. Stöhr nehme ich an, daß er in Zukunft im Kampf gegen den Strochewismus auf meiner Seite stehen wird. (Heiterer Beifall.)

Freitag, 12 Uhr, Abstimmungen und Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete. — Schluß gegen 17½ Uhr.

Stammischwirtschaft.

Wirtschaftspartei und Arbeitsozialist.

Die Politik treibt manchmal sonderbare Blüten. Die Gesellschaftslehre, die unserer modernen Wirtschaft fremd und abstoßend gegenübersteht, hat sich als „Wirtschaftspartei“ ausgetan. Nicht vorstellbar ist es, daß man einen Vertreter dieser Wirtschaftspartei zum Wirtschaftsminister macht. Und nun begibt sich diese Wirtschaftspartei auf das ihr fremde Gebiet. Sie will der Wirtschaft wieder auf die Strümpfe helfen und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Man höre und staune, wie sie das machen will: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf in 24 Paragraphen, und im Schweiße ihres Angesichtes ausgearbeitet, der — das neue G des Kolumbus — die Arbeitslosigkeit beseitigt durch — Einführung der Arbeitsdienstpflicht! Drei Millionen suchen vergeblich Arbeit. Die Wirtschaftspartei „löst“ das Problem, indem sie die Arbeitslosen zu der — allerdings schuldigen — Arbeit kommandiert. Das Wort „kommandiert“ ist nicht übertrieben angewandt. Das Führerpersonal des „Deutschen Arbeitsdienstes“ soll vorzüglich aus „bemähten entlassenen Heeresangehörigen“ zusammengesetzt sein.

Das ist die „Wirtschaft“ der Wirtschaftspartei! Wirtschaft am Stammschicht der Bäckermeister und Grünwarenhändler. Nebenbei bemerkt: Verwendete man das Geld, das uns dieser „Deutsche Arbeitsdienst“ kosten würde, für den Wohnungsbau, dann würden weit mehr Arbeiter produktiv untergebracht werden als durch das Arbeitsdienstjahr Arbeiter nutzlos brachgelegt werden.

Beweisaufnahme im Georgier-Prozess.

Finanzierte Dresdener Bank General Hoffmann?

Der Tschernowzenfälscherprozess entwickelt sich diesmal ohne Karumidze viel schneller als vor fünf Monaten. In vier Sitzungen war man mit der Vernehmung der Angeklagten fertig. Sie ergab nichts wesentlich Neues im Vergleich zur ersten Verhandlung. Die Angeklagten trugen ausführlich ihr politischesredo vor und bestritten selbstverständlich, mit Ausnahme Sabotieraschwärze, sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht zu haben. Auch diesmal wurde die Deffenzlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen. Einmal, als Karumidzes Aussagen über seine Beziehungen zu gewissen Berliner Stellen beziffert wurden, das andere Mal, als Bell über seine politische Tätigkeit befragt wurde.

Gestern wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Eine kleine Ueberraschung brachten die Beweisanträge des Pflichtverteidigers des Angeklagten Bell, Dr. Meuch. Sie enthielten ganze 19 Punkte, von denen 17 Bells politische Tätigkeit zum Gegenstand hatten. So sollten eine Anzahl Zeugen, u. a. der Münchener Polizeidirektor Garreis und auch „Seine Erlaucht Graf von Pappenheim in Pappenheim“ über seine Zugehörigkeit zur Putschistenorganisation „Reichsflagge“ bekunden und über seine aktive Teilnahme am Putsch. Der Münchner Rater Otto von Kurzel, der heute noch in russischen monarchistischen Emigrantenzirkeln eine Rolle spielt, sollte zum Beweis dafür geladen werden, daß General Hoffmanns Reise nach London von der Dresdener Bank finanziert worden sei; ferner einige führende georgische Faschisten zum Beweis für Bells politische Tätigkeit in der Türkei, der Geheimrat Kasstl, Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Industrieller zum Beweis dafür, daß zwischen ihm und dem Angeklagten Schmidt Besprechungen über die damaligen Aussichten der politischen Lage in Deutschland gepflogen worden seien.

Mit einem Worte, Bell soll mit Gewalt rehabilitiert, der politische Anstrich des Prozesses noch stärker als in der ersten Verhandlung in den Vordergrund gerückt werden. Es wäre nicht uninteressant zu hören, daß die Dresdener Bank General Hoffmanns Interventionspläne finanziert habe; es ist aber anzunehmen, daß auch diese Behauptung, wie viele andere im Tschernowzenfälscherprozess sich als unbegründet erweisen werden. Am Montag soll Putschkapitän Ehrhardt als Zeuge erscheinen. Vielleicht wird dadurch das Interesse für den Prozess ein wenig gehoben werden.

Koalitionswirrwarr in Bayern.

Der Bauernbund bleibt störrisch.

München, 18. Juni.

Die Regierungsparteien Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund und Deutschnationale Volkspartei hielten heute vormittag Fraktionskammern ab, an die sich eine Koalitionsbesprechung von kurzer Dauer schloß. Die Sitzung verlief ergebnislos, da der Bauernbund die Erklärung abgab, daß er jedes Finanzprogramm, in dem die Schlachtsteuer in irgendeiner Form enthalten sei, unbedingt ablehne. Heute nachmittag 5 Uhr tritt der Ministerrat zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Deutsch-polnische Grenzdebatte.

Ein weiterer Zwischenfall.

Königsberg i. Pr., 18. Juni. (W.F.B.)

Polnische Blätter berichten von einem Vorfall, der bereits mehrere Wochen zurückliegt.

Am 14. Mai d. J. nahm ein deutscher Grenzpolizist in dem deutschen Dorfe Serlaggen an der deutsch-polnischen Grenze zwei Röhren fest, die ihm nach ihrem Benehmen schmutzigeverdächtig erschienen, um sie im Landjägerhaus gemeinsam mit dem Landjäger auf schmutzigeverdächtige Ware zu untersuchen und ihre Verfassungen festzustellen. Bei der Festnahme hatte er sie darauf hingewiesen, daß er beim Fluchtversuch von der Waffe Gebrauch machen würde, und ihnen zu diesem Zweck die Schußwaffe gezeigt. Auf dem kurzen Wege zum Landjägerhaus ergriffen die festgenommenen Personen plötzlich die Flucht. Nachdem der Zollbeamte der Waffengebrauchs-Vorschrift entsprechend sie zunächst angerufen und darauf zwei Warnungsschüsse abgegeben hatte, gab er schließlich einen gezielten Schuß ab, durch den die eine Person getroffen wurde, während die andere über die Grenze entkam. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus in Sztittchen eingeliefert, wo er am 17. Mai verstorben ist. Feststellungen haben ergeben, daß es sich um zwei polnische Staatsangehörige handelt, die unerlaubt die Grenze überschritten hatten.

Hehe gegen Rykow.

Noch nicht genug zu Kreuz getroffen.

Moskau, 18. Juni. (Ost-Expres.)

Nur vor dem Beginn des Parteikongresses hat eine Kampagne gegen den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Rykow eingesetzt. Sowohl in den vorbereitenden Parteiverfammlungen wie auch neuerdings in der Sowjetpresse wird ihm seine frühere Rolle als Führer der Rechtsopposition ungeachtet seiner Unterwerfung so auffallend immer wieder vorgehalten, daß sich daraus schließen läßt, daß der Kongress sich mit dem Fall Rykow und überhaupt mit der Stellung der bereits gemahregelten Oppositionsführer ungeachtet ihrer „Reuebekenntnisse“ beschäftigen wird. In der Tagung der ukrainischen Partei erklärten mehrere Redner, im Zentralkomitee der Partei sei

kein Platz für Politiker dieser Art.

Die „Leningradskaja Prawda“ greift Rykow an: er habe neuerdings im Uralgebiet bei den Vorbereitungen der Partei zum Kongress verfügt; er habe zwar die Linie des Zentralkomitees für richtig erklärt, es aber unterlassen, die Schädlichkeit der Rechtsopposition darzulegen und zum Kampf gegen sie aufzufordern.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare wird also nicht für das, was er gesagt, sondern für das, was er nicht gesagt hat, verantwortlich gemacht. Das Blatt gibt deutlich, fast drohend zu verstehen, daß von allen ehemaligen Oppositionsführern und vor allem von Rykow auf dem Kongress eine „klare Antwort“ gefordert werden wird, wie sie jetzt zur Opposition stehen. In den letzten Tagen haben mehrere ehemalige Oppositionspolitiker ihre „Reuebekenntnisse“ nochmals wiederholt.

Der polnische Senat, der eine außerordentliche Tagung beginnen sollte, ist durch Verordnung des Staatspräsidenten um einen Monat vertagt worden.

Das Kabinett ohne Basis.



Justiz gegen Konsumvereine.

Scharfe Anklagen in Lübeck.

Lübeck, 18. Juni. (Eigenbericht.)

Auf dem Lübecker Genossenschaftstag sprach am Mittwoch August Kasch über die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte. Gestützt auf reichhaltiges Material erhob der Redner Anklagen gegen die Justiz, die er wegen ihrer Einstellung zu den Konsumvereinen als Klassenjustiz bezeichnete und von der er forderte, daß sie wirklich Rechtsprechung und Gerechtigkeit walten lasse.

Kasch führte im einzelnen aus: Die Klassenjustiz in der Vorkriegszeit hämmerte den Betroffenen das Gefühl ein, du wirst verurteilt, weil du Arbeiter bist; du wirst hart verurteilt, weil du Gewerkschafter bist; du wirst drakonisch hart verurteilt, weil du Sozialist bist. Das Bild, das die heutige Justiz in ihrem Verhalten zu den Konsumgenossenschaften bietet, ist nicht wesentlich anders. Ein Konsumverein, der einer Preisvergleichung wegen verurteilt wurde und seine Maßnahmen dann streng nach der Kritik des Gerichtes änderte, ist abermals bestraft worden, und zwar wegen Verstoßes gegen die guten Sitten. Die Verurteilung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine auf Grund des Beschlages gegen den unansehnlichen Wettbewerb erfolgte, weil der Zentralverband eine Preisvergleichung veranfaßte hatte. Vor dem Krieg hat kein Mensch an einen solchen Gebrauch des Beschlages gedacht. Es fiel niemanden ein, den Konsumvereinen zu verbieten, sich

gegen die dreifache Behauptung der Händler zu wehren.

daß die Konsumvereine teurer wären als die Einzelhändler. Ein Kleinhandlärer verlangte, daß die Spitzenverbände des Einzelhandels es als nicht richtig erklären sollten, die Verbraucher durch Rabatmarken zu täuschen. Andere Kleinhandlärer haben öffentlich gedroht, daß die Einführung der Rabatmarken unvereinbar mit der Ehrlichkeit des Kaufmannstandes sei. Eine Kölner Detailhändlerorganisation hat erklärt, das Publikum habe nur einen eingebildeten Nutzen von der Einrichtung des Rabatmarkensystems. Eine Händlerzeitung schrieb sogar, daß das Rabatgeben eine Täuschung des Publikums und deshalb Schwindel sei; wer im Ladengeschäft Rabat gebe, lade den Verdacht des Betruges auf sich. Als das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ in viel milderer Form dasselbe sagte, habe das Hamburger Gericht ihm (den Redner als Schriftleiter des konsumgenossenschaftlichen Volksblatts. Red.) für alle Zeiten bei evtl. 500 M. Strafe im Einzelfall verboten, seine ehrliche Meinung über ein System zu sagen, das man für

die schlimmste Schädigung der Verbraucherschaft

halten muß. Der Redner dürfe z. B. als Leiter der „Konsum-

genossenschaftlichen Rundschau“ nicht einmal über seine eigene Rede berichten. Als einziger Schriftleiter von Tausenden in Deutschland dürfe er auf Grund dieses Urteils seine journalistische Pflicht nicht erfüllen. Das ist ein nicht zu überbietender Skandal.

Bedenklich ist es ferner, wenn der Reichsfinanzhof in einem bestimmten Fall erklärt, es sei nicht seine Aufgabe, den steuerüberlasteten Kleinhandel zu erleichtern. Das ist nicht als kritisches Nachbeten unbewiesener Mittelstandsbehauptungen aufzufassen, denn die Konsumvereine sind weder steuerfrei, noch ist der freie Handel, verglichen mit den Konsumgenossenschaften, steuerüberlastet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß es mit den Steuerleistungen weiter Mittelstandskreise nicht allzu weit her ist, daß sie wenig oder gar nichts zahlen. Der Reichsfinanzhof hat durch seine grundlosen Behauptungen

dem Glauben an seine Objektivität

emso schweren Stoß verleiht. Diese Justiz, die immer nur die unheimlichsten Kreise als Objekt zu treffen weiß, ist dem Volk verhaßt, weil die Klassen ein sehr feines Empfinden für Ungerechtigkeiten haben. Einst hat man dem Volk gepredigt, es solle sparen und sich selbst helfen, und man hat auf die Konsumvereine verwiesen. Das Volk hat sich selbst gehalten und hat in den Konsumvereinen Großes und Vorbildliches geschaffen. Aber kaum steht das Wort, so fällt alle Welt darüber her, um es zu zerfären. Ein Reichsminister darf in die Welt hinausposaunen, daß die Ausnahmebesteuerung nur der erste Schritt im Kampf gegen die Konsumvereine ist.

Das sind Erscheinungen, die zu den ärgsten Befürchtungen für die Zukunft Anlaß geben. Die Genossenschaftler wollen

die Freiheit und Unabhängigkeit

der Rechtsprechung. Sie fordern aber auch, daß sich die Rechtsprechung unabhängig macht von Einseitigkeit der Auffassung und von Befangenheit in Klasseninteressen. Mehr verlangen die Konsumgenossenschaften nicht.

Gegen vier Stimmen beschloß der Kongress den Ausschluß des Konsumvereins Werzburg, dessen kommunistische Leitung dauernd gegen die Statuten des Zentralverbandes verstoßen hat und den konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen fortwährend Schaden zufügt. Schließlich wurden die ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Fortbildungskommission wiedergemählt.

Weltkräftfest.

Das im Rahmen der Weltkräftkonferenz veranstaltete Weltkräftfest im Sportpalast, die große gesellschaftliche Veranstaltung der Konferenz für alle ihre Teilnehmer, war wohl das größte und repräsentativste Fest, das Berlin bis jetzt gesehen hat. Rund 4000 Herren aus allen Kontinenten im Frack, etwa 2000 Damen in großer Toilette in dem Riesenaal des Sportpalastes zu einem Bankett vereinigt, bei dem noch mehr als alles da war, zusammengefaßt in einer Veranstaltung, in der die Veranstalter der Konferenz den Vertretern aus fünf Kontinenten zugleich auch ein Bild von deutscher Kultur, deutschem Volksleben und deutscher Körperpflege geben wollten. Der Abend hatte einen in seinen Dimensionen gemaltigen technischen Höhepunkt. Auf drahtlosem Wege begrüßten sich Mr. Sloan und Owen Young von San Francisco, Carl of Derby und Marconi von London, Edinso von New Jersey sowie Dolar von Miller und Dr. Köhgen von Berlin. Phantastisch diese sieben Redner um den ganzen Erdball herum sich miteinander verständigen zu hören, phantastisch, wie die im Sportpalast aus allen Kontinenten Vereinigten den unsichtbaren Rednern Beifall klatschten. Was die Fremden von deutscher Kultur, Volkstanz und Körperpflege zu sehen bekamen, Volkstheater von 400 Mädchen, Männergelenke von der Berliner Liedertafel, Vorführungen der preußischen Hochschule für Selbstübungen, Trachtenbilder und Stammestänze von der süddeutschen Trachtengemeinschaft, war von außerordentlich starker Wirkung. Das Fest dauerte für den einen Abend 600 Kellner. Diese arbeitslosen 600 Kellner haben wenigstens an diesem Abend, der freilich schon den ganzen Tag über Arbeit machte, 9 M. verdient, mochen die Abzüge allerdings noch abgeben.

„Neue Musik Berlin 1930.“

Gröffnung im Konzertsaal der Hochschule für Musik.

„Neue Musik Berlin 1930“, veranstaltet von der Rundfunk-Versuchsstelle bei der Staatlich akademischen Hochschule für Musik — das ist kein Musikfest und kein gesellschaftliches Ereignis. Unter der künstlerischen Leitung von Paul Hindemith, Georg Schünemann und Heinrich Burkhardt, wird das ideale Programm der „Deutschen Kammermusik Baden-Baden“ fortgesetzt, die aus dem 1921 begründeten „Donauwärtlinger Kammermusik-aufführungen zur Förderung zeitgenössischer Tonkunst“ hervorgegangen war. Im Laufe von zehn Jahren hat sich, der selbstergebenen Gesamtentwicklung entsprechend, der Akzent von künstlerischem Inhalt der neuen Musik mehr und mehr auf die Formen ihrer Anwendung und Verbreitung verschoben. Der gestrige Eröffnungabend brachte Ehre für Liebhaber, ein Rundfunk-Hörspiel, Originalmusik für Schallplatten und zuletzt eine Kontate lebhaften Charakters, die weniger im Hinblick auf ihre kompositorischen Qualitäten als unter dem Gesichtspunkt ihrer Eignung für gemeinschaftliches Votummusizieren zur Diskussion gestellt wird. Der Saal der Hochschule ist dicht besetzt; das Publikum besteht nicht aus genießenden, sondern sachlich interessierten Hörern, gemäß dem Zweck der Veranstaltung, die dem neuen Versuch auf allen Gebieten der Musikführung und praktischen Musikbewertung gewidmet sein soll. R. P.

Deutsch als Verhandlungssprache wurde im Schließlichen Sejm mit 22 gegen 21 Stimmen abgelehnt!

Spanische Reaktion. Sämtliche Versammlungen und Vorträge in Spanien sind bis auf weiteres untersagt worden.

Alle möchten einmal ausspannen.

Auch die Frau des Arbeiterhaushaltes. — Aber sie kann es nicht.

Wohr und mehr wird die sommerliche Erholung allgemeiner; man hat endlich einsehen gelernt, daß neben den Kindern und Jugendlichen, die zu ihrer körperlichen Entwicklung der Sonne und der Bewegung in guter, frischer Luft bedürfen, vor allem auch die Menschen hinter der Maschine, dem Büro- und Verkaufspult, der Nähmaschine, dem Badraum usw. eine sommerliche Erholungsperiode dringend nötig haben. Dank einer zielbewußten Sozialarbeit können wir heute auf eine erfreuliche, immer noch aufsteigende Kurve der kleinen und großen Urlauber aus den Reihen der wirtschaftlich Schwachen blicken.

Während sich das Landesjugendamt Berlin der Kleinen und Kleinsten annimmt und eine jährliche Beschäftigungsziffer von 60 000 bis 70 000 Erholungsbedürftigen Kindern nachweisen kann, trägt der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen der Wanderfreunde der Jugendlichen Rechnung, indem er ihnen billige und angenehme Unterkunftsstätten, Vergünstigungen bei der Reisebahn usw. bietet. In der Nachkriegszeit hat das Jugendwandern einen ungeheuren Aufschwung genommen; während 1919 erst an 300 Orten Jugendherbergen mit 60 000 Übernachtungen bestanden, konnten 1929 2180 Orte mit Herbergen und rund 4 Millionen Übernachtungen geschaffen werden. Viele deutsche Burgen und andere historische Gebäude wurden ausgebaut, Hunderte von Jugendheimen sind entstanden, in denen sich unsere Jugend heute wohlfühlt.

In der großen Masse der Erholungsuchenden bilden auch die Angestellten einen gewaltigen Faktor. Heute will das erwerbstätige junge Mädchen trotz ihres geringen Verdienstes auf eine sommerliche Erholung nicht verzichten. Es braucht sich diesen be-

scheidenen Wunsch auch nicht zu verjagen, denn die Erholungsheime ihrer Gewerkschaft, des Zentralverbandes der Angestellten, im Teutoburger Wald, an der Ostsee und anderen schönen Plätzen bieten ihm, im Rahmen des bescheidenen Geldbeutels, all das, was sie zu ihrer Erholung benötigt. Niemals wäre der Urlaub der Angestellten so verbreitet worden, wenn nicht der gewerkschaftliche Zusammenschluß die Festlegung von Urlaubsbestimmungen in den Tarifverträgen ermöglicht hätte.

Eine wäre aber noch zu nennen, für deren bitter notwendige Erholungsperiode nicht gesorgt ist: die Frau des Arbeiterhaushaltes. Das ganze Jahr hindurch ruht die schwere Last wirtschaftlicher und familiärer Sorgen auf ihren Schultern. Sie darf nicht krank werden, sie darf schon gar nicht verreisen, sie ist einfach unablöslich, weil die häusliche Maschinenwelt in niemals stillsteht. Und wie läßt gerade ihr oft ein Heilverfahren, zumindest aber ein Ausspannen? Aber wer sollte sie vertreten? Längst hat sie sich in ihr unabänderliches Los gefügt, und sie ist schon zufrieden, wenn im Sommer die Kleinen verfrachtet oder auf den Ferienplätzen sind, die Großen auf hoher oder Urlaubsreise, dann teilt sie sich über Arbeit immer mit der Ruhe ein und macht sich bequem, wie sie sagt. Wie wäre ihr zu helfen? Gewiß gibt es eine Menge älterer, alleinstehender Frauen, die vielleicht gerne gegen Kost und Quartier solche Hausfrauenvertretung übernehmen würden. Trotzdem aber stiehe die praktische Durchführung dieses Gedankens auf mancherlei Schwierigkeiten; oft ist Schmalhans Küchenmeister, und nur die wahrhaft genial wirtschaftende Mutter kann da noch alles Notwendige schaffen, aber es sind Familienverhältnisse, in die der Fremde keinen Einblick bekommen soll.

Ausflugautobus verunglückt.

Fünf Teilnehmer der Weitraffik Konferenz leicht verletzt.

Beslern mittig fuhr ein Sonderwagen der Abtag, der etwa 10 Teilnehmer an der Weitraffik Konferenz zu einer Besichtigung nach den Ostmarken bringen sollte, im Lergarten gegen einen Baum. Der Autobus wurde schwer beschädigt, fünf Teilnehmer und der Führer des Wagens erlitten leichte Verletzungen.

Der Autobus hatte seine Fahrt am Brandenburger Tor begonnen und fuhr mit Durchschnittsgeschwindigkeit die Charlottenburger Chaussee hinauf. In der Nähe der Großen Lergartenmauer mußte der Führer des Autobus einen anderen Fahrzeug ausweichen und geriet hierbei mit seinem Wagen, offenbar infolge Verlangens der Steuerung, auf den Bürgersteig. Der Autobus prallte mit großer Heftigkeit gegen einen Baum, so daß der Führer und die Motorhaube zertrümmert wurden. Die Insassen wurden bei dem Zusammenstoß von ihren Sitzen geschleudert und fünf von ihnen, darunter der Leiter der Ostmarken, wurden leicht, erlitten Kopf- und Armpverletzungen.

Die Verunglückten wurden in Priestowles nach den Ostmarken Bergen in der Siedinger Straße gebracht, wo ihnen in der Sanitätsstelle der Werke Kameradbande angelegt wurden. Der schwerbeschädigte Autobus mußte abgeschleppt werden.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß einer Anzahl Teilnehmer der Weitraffik Konferenz, die fern von ihren Angehörigen sind, ein so schweres Risiko geboten werden mußte. Andererseits ist das Schicksal, die Geschicklichkeit und die Zuverlässigkeit unserer Autobuschauffeure so einwandfrei, daß hier wohl nur das Verlangen eines malschlechten Tages als Ursache in Frage kommt.

Der tägliche Rowdyprozeß.

Döbeln und Prügelein um nichts und wieder nichts.

Das Rowdytum nimmt überhand! Man darf getrost vom täglichen Rowdyprozeß sprechen.

Da stand ein junger Pader unvorsichtiger vor der Berufungsinstanz. Das Gericht erster Instanz hatte ihn wegen Körperverletzung in Leichtdelikt mit Befristung zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Fall ist typisch: Ein Reichswachtmeister sät gegen 3 Uhr früh in einem Hof in der Friebergstraße in Gesellschaft zweier junger Mädchen. Der junge Pader legt sich zu ihnen, obgleich fast sämtliche übrigen Hände frei sind. Man nimmt von ihm keine Notiz, und als sich die drei erheben, grüßen sie ihn auch nicht zum Abschied. Der junge Pader folgt ihnen aber. Der Reichswachtmeister begleitet die Mädchen nach Hause. In Hausvor unterhält er sich noch kurze Zeit mit ihnen. Der Pader ruft dabei, als habe er da etwas zu suchen. Dem Reichswachtmeister wird das schließlich zu viel. In etwas bösem Ton sagt er: „Scheren Sie sich doch weiter.“ Im nächsten Augenblick erhält er eine Ohrfeige. Als er zu seinem Säbel greifen will, hältst der Pader, und hebt gegen den Wachtmeister auf der anderen Straßenseite eine Kiste junger Leute. Der Reichswachtmeister habe gegen ihn Klage erhoben. Jetzt flüchtet seinerseits der Reichswachtmeister, ein Wachmeister kommt ihm zu Hilfe. Die jungen Burlesken rücken nun beiden zu Leibe, er zieht das Seitengewehr, man hält ihn am Arm fest und schlägt auf ihn los. Der Pader wurde festgenommen.

Man führe sich den ganzen Auftritt noch einmal vor Augen:

Frau in dir lebt. Nur noch viel stärker. Erst wenn der Tod das Lächeln meines Herzens zum Schweigen bringt, verklingt auch dein Name in meinem Blute, du Peras einziger Mann.

Schon als Kind hast du mich gekannt und alle die Jahre hindurch, wo wir Zaunderfrauen trogige Brüste haben können. Und noch jetzt besitztst du mich, wo dein Blut dem Gange anderer Frauen zu folgen beginnt. Wenn du meiner gedenkst, so sprich nicht zu dir selbst: Was ist Peras für mich gewesen? Eine Frau, die im Finstern sehen konnte wie eine Wildkatze, eine Frau, die mit unbeschulten Füßen ging, eine Frau, die mit den Fingern sah, was nicht die geringste Weiße tut, sondern sprich folgendermaßen zu dir selbst, Judsch: Peras ist vier Jahre lang meine Frau gewesen. In ihrem Blute sang nur ein einziger Name, und das war der meine. Ja, denke an Peras als an dein sicherstes Eigentum und laß sie in deinen Gedanken nicht sterben, Judsch!

Ich weiß nicht, was in mir vorging. Immerhin kam die Heimreise heran. Das mag alles erklären. Auch wird man schwach nach einem längeren Aufenthalt im Kongo. In meiner Schwachheit bildete ich mir ein, meine Seele wäre für immer gezeichnet, gehörte diesem Lande mit den schillernden Dämonen auf ewig an, und mein Körper könnte keiner anderen Frau mehr leben als Peras. Es deutete mich, ich wäre dazu verurteilt, von jetzt an immer nur in Visionen und Erinnerungen zu leben, ohne jemals wieder einen Augenblick hinabtauchen zu können. Vielleicht verriet ich daher mein schwarzes Glück nur aus Furcht, aus Freigebigkeit!

Ich brach in unbeherrschtes, wildes Weinen aus. Ich küßte Peras Gesicht an dem meinen. Ihre Hände strichen durch mein so schrecklich dünn gewordenes Haar, und sie flüsterte Worte, die ich zwar nicht verstand, deren unendliche Güte und Zärtlichkeit mich aber dennoch erfüllte.

Aber nach einer Weile hatte ich meinen doch im Grunde so unerklärlichen nervösen Anfall überwunden.

Vor aller Augen stieg ich als weicher Mann in die Pirage, als ein weicher Mann, der seine Gefühle zu beherrschen verstand, der sein weißes Wesen um einer schwarzen Frau willen selbstverständlich nicht aufgibt!

Die lange Reise nach der Küste hatte begonnen. Ich lag in der Pirage und warf mir alles aus:

Wenn ich ein paar Tage lang den Fluß abwärts gefahren war, im Boot, kam ein Fuhrmarsch, dann ein paar Tage Reitens, dann mußte ich einen kleinen Flußdampfer nehmen, denn einen größeren Dampfer, dann ging's mit der Eisenbahn, die wie alle anderen Verkehrsmittel im Kongo des Nachts rastet. Dann endlich konnte ich einen großen Flußdampfer nehmen — und wenn ein paar Monate vergangen waren, kam ich nach Boma und dort war das Meer!

Wir nichts Dir nichts wird zuerst der Reichswachtmeister angerempelt, dann fällt man über den Wachmeister her. Wäre der eine oder andere unvernünftig gewesen, es hätte ein Blutvergießen gegeben. Das Gericht wackelt Instanz verminderte angefaßt der Jugend und der Unbestraftheit des Angeklagten die Strafe auf einen Monat zwei Wochen Gefängnis und 100 M. Geldstrafe.

Der Tod in der Lehmgrube.

Ein schwerer Unfällefall in Debra.

Ein schwerer Unglücksfall, der zwei Tote und einen Schwerverletzten forderte, ereignete sich in Debra in Hessen-Nassau, als ein Fuhrwerksbesitzer mit drei Lehrlingen einer Baufirma aus einer Lehmgrube in der Nähe des Friedhofes Lehm holen wollte. Der Wagen war bereits vollgeladen, als sich von der Grube herabhängende Lehmmassen lösten und die drei jungen Menschen unter sich begruben. Zwei Lehrlinge konnten nur als Leichen geborgen werden. Sie hatten schwere Schädel- und Knochenbrüche davongetragen.

Der dritte der verunglückten Lehrlinge kam mit einer schweren Brustquetschung und Armbrüchen davon.

Stadtverordnetenfraktion und Etat.

Noch keine bindende Beschlüsse. / Entscheidung am Freitag?

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion trat gestern zusammen, um über die endgültige Gestaltung des Haushaltsplanes für 1930 zu beraten. Der Fraktionsvorsitzende Erich Platow gab in einer einstündigen Rede einen ausführlichen Bericht über die Arbeit im Haushaltsausschuß, wo man in nicht weniger als 15 Sitzungen den Kampf um den Etat geführt hat. Er konnte dabei besonders auf die zahlreichen sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge hinweisen, die der „Vorwärts“ zum größten Teil bereits veröffentlicht hat. In der anschließenden ausgedehnten Diskussion nahmen zu längeren Ausführungen auch Hugo Heilmann und Stadtverordnetensprecher Hoff das Wort. Entscheidende Beschlüsse wurden jedoch noch nicht gefaßt. Diese sind erst in der nächsten Sitzung zu erwarten, die für Freitag nachmittag angelegt wurde. Am gleichen Tage finden die entscheidenden Abstimmungen im Haushaltsausschuß statt.

Loeste-Prozeß vor dem Kammergericht.

Die abgewiesenen Verwandten legen Berufung ein.

Wie wir erfahren, haben die im Erbschaftsprozesse Loeste am Dienstag vor dem Landgericht abgewiesenen Verwandten beschlossen, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Der ganze Erbschaftsprözeß wird also in Form der Rechtsstellung nochmals die zweite Instanz vor dem Kammergericht. Allerdings hat der Erbschaftsprözeß des Kammergerichts die Möglichkeit, die Berufungsaufnahme nur in den Punkten neu aufzunehmen, die nach nicht hinreichend geklärt erscheinen sollten. Da die Berufung erst am 10. Oktober abläuft, ist nicht damit zu rechnen, daß das Kammergericht vor dem Januar nächsten Jahres sich mit dem Fall zu beschäftigen haben wird.

Kathnen-Gedächtnisfeier. Wie alljährlich veranstaltet auch in diesem Jahre das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Kreis Berlin-Süd, am Todestage Walter Rathenows, am 24. Juni, 20 Uhr, eine Gedächtnisfeier auf dem Waldriedhof in Oberhähnstraße. Die Ansprache hat Kamerad Chefredakteur Ruschke übernommen.



(Schluß.)

Da flüsterte sie in meinen Mund hinein:

„Ach, Judsch, du Bruder Jalonis, nur deshalb verneigen sich die Hauptlinge der Kwongura vor dir, weil du kein Weiber mehr bist! Und mir ist es so ergangen: du hast mein Inneres so verändert, daß ich schon längst mit dem großen, roten Muskel der Brust fühle und nicht mehr nur mit dem Bauch, wie die Bazanden sonst. Und du weißt, Judsch, daß der Hautgeruch der Weissen unsere Nase anlockt, so wie du behauptest, daß ihr Weissen uns Reger nicht riechen könnt. Als ich zu dir kam, vermochte ich mich dir erst zu nähern, wenn du viel Europäer und das feine, weiße Mehl gebrauchtest, dann kam eine Zeit, wo der Geruch deiner Haut mir süßner schien, als der des Palmendöses, aber jetzt, Judsch, jetzt ist es schon lange so, daß meine Nasenflügel zu bebden beginnen, sobald ein Hauch von deinem Körper mich streift. Ich habe kluge Zauberer gefragt, ob es möglich sei, daß wir Kwongura den Geruch des weißen Mannes jemals tieber gewinnen könnten als unsern eigenen. Aber sie höhnten mich ob dieser Frage, die von allzu geringem Nachdenken zeugte. Ich habe mir nun gedacht, daß ich also keine echte Kwongurin mehr sein kann!“

Die Zeit verging, und nun kam der Tag, an dem ich Loss verlassen sollte. Meine jüdische, heiße Zärtlichkeit sollte das Unrecht, das ich gegen dieses über alle Maßen hingebende, wilde Weib zu begehen glaubte, mildern. Die letzte Nacht hatte keines von uns geschlafen. Am Morgen war Peras Antlitz vom Weinen geschwollen.

„Ich weiß, daß du nie mehr zurückkehrst!“, sagte sie. „Aber hab' Dank dafür, daß du überhaupt gekommen bist. Und sollte es dir schlecht ergehen im Lande der Weissen, Judsch, so werde ich zu dir kommen in deinen Träumen, zart und jung werde ich sein, so wie du dich deiner kleinen Peras am liebsten erinnerst. Und ich werde dir gute Worte ins Ohr flüstern und dein Haupt an meine Brust legen, wie ich es oft getan habe, wenn du müde oder krank warst oder heimweh hattest. Du lebst in mir, Judsch, wie die weiße, ferne

Schnte ich mich zurück nach der Zivilisation, fort von dem Lande der weiten Wälder und breiten Flüsse? Gewiß! Selbstverständlich!

Das tun alle Weissen, die sich hier jahrelang aufgehoben haben. Die einzige Ausnahme war wohl der verrückte Hauptmann in Batu.

Natürlich werde ich an den Aufenthalt hier ab und zu wieder zurückdenken. So schnell vergeht man seine Erlebnisse nicht. Selbst einen Hund, mit dem man zusammen gelebt hat, vergeht man nicht ganz! Also werde ich auch Peras noch manchmal gedenken, das ist anders nicht zu erwarten. Sie hatte schöne Augen, eine liebe Stimme, dunkle, glänzende Haut....

Wenn geliebt — geliebt habe ich sie doch kaum — viel Ausgeschloffen! Ich habe den Stich der Liebe, die ihren Mann zeichnet, schon vor der Zeit bekommen, die ich hier verbrachte. Schon in Europa hat's mich erwischt! Und in meinen Fieberträumen kam die einzige Geliebte zu mir nach Afrika.

„In Peras dachte ich in jenen Stunden des Todesringens dagegen nie. — Und doch... wer weiß!“

Ich schreie aus meinen Gedanken auf: die Batangos stimmen ihren Rudergerang an. Müde und wehmütige Melodien singen sie. Was braucht es Trost und Kraft und Mut, wenn es so herrlich flussabwärts geht.

Meine Art zuzuhören pflegt die Erfindungsgabe der Ruderer stets zu steigern. Heute merken sie gleich, daß ich an ganz andere Dinge als an Dichterworte denken möchte. Aber der Bootsman und Vorkänger sagt vorwurfsvoll:

„Höre nur zu, wir haben dir viel mitzuteilen!“

„Ein Weib war vom Barbarenstamme aus dem Norden! Die Batangos vermögen solcher Barbaren Namen nicht zu verstehen.“

„Ihre Mäuler sind ohne Fülle.“

„Und der Strauß hat ihnen Steigbügel gestohlen!“

„Rehr wollen wir nicht logen!“

„Sonderbar war deine Weibermahl!“

„Hast du denn nicht geloben, wie schön unsere Frauen sind?“

„Dein Weib war immer hart!“

„Und deine Hände gabst weich.“

„Deshalb wollen wir schmeigen!“

„Doch nicht, dort am Ufer steht deine Bazandenfrau!“

„Was langem wir? — Straußencine!“

„Schweigen wir, Brüder!“

Wirklich, dort am Ufer steht Peras! Stundenlang muß sie durch den Wald gefahren sein, um mich an dieser Stelle, wo der Fluß in großem Bogen ein Stück zurückfließt, noch ein letztes Mal grüßen zu können. Sie fixiert ihre nackten, dunklen Arme empör und ruft meinen Namen über den Fluß hinaus.

Wenn es auf Wallstreet kracht

Von Nathan Gurdus

Wenn es auf der Wallstreet kracht, und die Klienten stürzen, dann rutschen auch die Herzen aller ehrbaren Bürger der USA in Hofentzücken.

Die lachenden, selbstzufriedenen Gesichter auf den Straßen New Yorks waren an den „schwarzen Tagen“ der Börse verschwunden. Menschen rannten auf einmal mit solchen Mienen umher, daß jeder Europäer sich heimlich zu fühlen begann.

Wer aber auch hatte in Amerika nicht spekuliert! Mit wenig Geld, aber um so mehr Bankkredit spekulierten alle. Als nun die Kurse stürzten, schrien die Banken um ihr Geld bei den Kunden. Und je mehr die Aktien sanken, desto weniger waren sie als Sicherheiten wert, und um so mehr brüllten die Großbanken um Geld bei den Kunden. Telegramme rasten durch ganz Amerika. Alles schien ruiniert. Männer, Frauen, Kinder und Greise in amerikanischen Häusern hatten nur einen Gedanken: wie flüchtiges Geld zu schaffen! Der Dollar hatte die Seelen ergriffen.

Ich sah am „schwarzen Freitag“ bei Freunden in New York. Auch hier Menschen mit Gesichtern, als würden sie anstatt Gummi Pfeffer kauen. Der Hausherr raste durch alle Zimmer. Sich an den Haaren raufend rief er: „Schluß, Schluß, ich hab kein Geld mehr...“ Über unbarmherzig klingelte jede Stunde die Tür — Telegramme von der Bank.

„Sendet 1000 Dollar... Sofort überweist Dollar... Sendet oder...“ Bei jeder neuen Kursummeldung eine Hiobsnachricht von der Bank. Jedes Telegramm begann mit dem Wort „Sendet“. Ein Telegramm jagte den anderen. Meine Bekannten hatten schon alles verfehlt. Haus, Auto und alle Sachen die schon „ausgestottet“ waren, wurden verfehlt. Aber es reichte nicht. Zum Anpumpen war auch niemand mehr da. Jeder Cent lag auf der Wallstreet. An der Tür klingelte es aber immer noch; die Banken schrien nach Opfer. Bei jeder Klingel fuhr meine Bekannte zusammen. So verbrachten wir den Tag. Endlich gegen Abend wurde es etwas stiller. Wir sahen am Tisch, auf einmal klingelt die Tür! Oh, wieder die Bank! Alle werden blaß... Ein Telegramm!

„Ich hab ja doch kein Cent mehr, stöhnt der Hausherr. Er ergreift zitternd das Telegramm. Öffnet es... Seine Miene heitert sich auf... erleichtert mit ruhiger Stimme sagt er:

„Das Telegramm ist ja nur von zu Hause. Großvater ist gestorben... Beruhigt begibt man sich wieder an den Tisch. Der Dollar regiert die Seelen.“

Mir gegenüber sitzt der Präsident eines amerikanischen Trustes, dessen Kapital trotz Krisis und Krach immer noch groß genug ist, um Deutschlands Reparationsschuld zu bezahlen.

Sein Gesicht ist trotz „schwarzer Tage“ entschieden freundlicher als die seiner Kunden. Er raucht seine Zigarre mit der selben Ruhe wie in der Zeit der Hausse. Ich befrage ihn über die Lage seiner Bank während des Krachs.

„Auch wir Großen leiden, beginnt er, aber ich muß sagen, daß unsere Kunden das letzte hergeben um zu bezahlen. Trotzdem war unser Haus gezwungen eine besondere Mahnteilung einzurichten. Wir in Amerika, sagt er voll Stolz, haben eine humane Methode zum Geldeinnehmen erjornt. Ist einer in Zahlen stecken geblieben, dann kriegt er von uns einen sehr netten Brief: „Eicher haben Euer Hochwohlgeboren den Zahlungstermin übersehen...“ Sonst immer zu Ihren Diensten...“ Zahlt er nach diesem Brief nicht, dann kriegt er per Einschreiben einen Kontoauszug, ohne Kommentar.

Hilft das auch nicht, dann senden wir ein Telegramm: „What do you expect us to do...“ (Welche Schritte erwarten Sie von uns!) „Wie Sie wissen, fügte der Dollarmensch hinzu, ist das in unserer Sprache schon eine starke Drohung.“

„Und hilft sie?“ wagt ich zu fragen.

„Oh ja, nur einmal erlebten wir von einem kleinen Kaufmann in New York auf unser Telegramm — Welche Schritte erwarten Sie von uns — folgende Antwort: „Ich erwarte, daß Sie sich so im Zimmer herumdrücken und sich dabei den Kopf so nach Geld zerbrechen, wie ich es jetzt tue...“

„Woh, der Mann mußte trotzdem zahlen“, sagte zum Schluß Herr Präsident.

Das Grammophon

Von Joe Corrie

In vergangenen Tagen — in der Zeit vor dem Kriege — sahen wir den Urlaubstagen im Juli mit einer gewissen freudigen Hoffnung entgegen. Wir waren zwar niemals große Urlaubsgeliebte, aber trotzdem bedeutete eine solche Woche Arbeitsfreiheit für uns eine Woche Befreiung von des Tages Last und Mühen.

Heute aber sehen wir einer freien Woche mitummer und Angst entgegen. Eine arbeitslose Woche bedeutet heutzutage, daß man keinen Lohn bekommt und daß man die folgende Woche darben kann.

Der junge Bob hatte kurz nach dem großen Streik zum ersten Male die Grube betreten. Und was für ein stolzer „Mann“ war er, als er am selben Nachmittage zum ersten Male die Grube verließ, die Lampe trug er in seiner Mütze, seine langen Hosen waren um die Knie mit Nieten zusammengeheftet. Er war ein fertiger „Stuher“ von einem jungen Bergmann!

Vom ersten Lohne, den er verdient hatte, kaufte er sich jenen Gegenstand, nach dem er seit langem eine stille Sehnsucht mit sich herumtrug — nämlich ein Grammophon. John Schilling mußte er als Anzahlung leisten, und dann wurde eine Notenzahlung in der Höhe eines Schillings pro Woche vereinbart.

Bob war nicht wenig stolz auf sein Grammophon. War es denn nicht sein eigenes, das er mit seinem Taschengelde bezahlt hatte? Es war der einzige Gegenstand, den er überhaupt sein eigen nennen konnte.

Und sein ganzes Herz hing daran.

Während seine Kameraden die Samstagabende beim Bierrennen verbrachten, oder mit Gefang zu Stadt zogen, um in den Gefangenenhäusern und bei den Fischhändlern einzufahren, sparte Bob sein Geld zusammen, um neue Platten zu erwerben.

Seine Mutter legte ihm nichts in den Weg, obgleich es für sie sozusagen eine Prüfung war. Doch sie sagte sich, daß diese Leidenschaft besser sei, als wenn Bob sein Geld beim Spiele „Adler oder Kopf“ verlieren würde.

Der Vater drohte wohl ein paar Mal, den ganzen Kram mit der Art zusammenzuhaufen, doch Bob kümmerte sich nicht viel darum. Der Vorrat an Schallplatten wuchs, und die Vorträge wurden in die Länge gezogen.

„Das ist ein verflüchtiges Stedenpferd, das der Junge da hat“, meinte der Vater, als Bob versuchte, seine letzte Anschaffung zu rechtfertigen. „Das könnte auf die Dauer nicht einmal ein Millionär aushalten!“

„Es ist doch mein Taschengeld, um das ich es kaufe“, pflegte da Bob als Antwort zu geben, und der Vater sagte dann nichts mehr.

Und dann kam die Woche Urlaub, das Grammophon wurde ins Freie mitgenommen, während die jungen Mädchen und Burschen dazu tanzen, solange ihr Herz Gefallen daran fand, die ganze Dämmerung hindurch, solange, bis die aufgehende Sonne den östlichen Himmel mit einem Bernsteinhimmel bemalte.

Doch die Woche ging zu Ende, die Arbeitsstunde begann wieder zu läuten und die Hunte der Grube wieder auf und nieder zu fahren. Die Woche des Darbens hatte aber auch angefangen, weil die Wohnung für die Freiwache fehlte.

Am Dienstag brach die Krise aus.

Es war etwa um die Zeit des Abendessens herum. Der Vater und Bob waren mit Arbeit beschäftigt, doch nur mit halbem Auge, mit dem anderen sahen sie auf die Uhr, während die Mutter ziellos mit dem Hals das Feuer durchstocherte, sich dann mit einem Nadeln hinsetzte und zu weinen anfing. „Um Gottes willen, Johanna“, sagte Bob, „was ist denn los?“ Bob wandte sich Todesbleich ab.

„Was ist denn los, Johanna? Ist dir nicht gut?“

„Es ist mir ganz wohl“, seufzte sie, „aber im ganzen Hause gibt es keinen Bissen Fleisch mehr.“

Bob hatte sich in der Frühe selber gefragt, wie sie bis zum Ende der Woche langem sollte, aber er hatte sich nie immer mit einer eigenen Antwort auf seine Frage geantwortet: „Argendwie wird sie es schon richten!“ Eine tapfere Frau?

Doch die Zeiten hatten sich geändert: der einzige Ausweg lag jetzt nicht im Kredit, sondern in soliden Silbermünzen.

Die Stille wurde jetzt nur durch das unterdrückte Schluchzen der Mutter unterbrochen.

„Da gibt es bloß einen einzigen Ausweg, Johanna — verpfände das Grammophon!“

Die Mutter blickte auf Bob, und Bob nickte dazu ermutigend mit seinem Kopfe. Doch sie gab kein Wort zur Antwort.

„Wir können doch nicht hungern“, sagte Bob, „und du wirst doch ein Pfund dafür bekommen?“

„Es ist mehr wert als ein Pfund, Vater“, erwiderte Bob.

„Du kannst zufrieden sein, wenn man dir das dafür geben wird. Um diese Zeit wird jetzt mehr verpfändet. Willst du damit einen Sprung herunter machen, Bob?“

Jetzt stand die Mutter auf.

„Rein, Bob, das geht nicht.“ Und Mittelid lag in ihrer Stimme.

Bob blickte sie voll Bewunderung an.

„Das geht nicht? Und was zum Henker werden wir also beginnen?“

Das Grammophon darf nicht verpfändet werden! Es gehört dem Jungen! Es ist seine Freude — er hat sich das Taschengeld vom Grunde abgepart, allwöchentlich — und sein Herz hängt daran! „Und sollen wir also einbrechen!“

Doch Johanna sann über die Sache eingehend nach und sie wollte auf die Vorstellungen ihres Mannes nicht hören.

„Gefühlsduselei“, entfuhr es jetzt Bob, „eine verflüchtete Gefühlsduselei. Wir müssen handeln Johanna, daß wir am Abend wieder bekommen und in Ordnung sind — es heißt, die Dinge so sehen, wie sie sind, und sie sind bitter!“

Doch Johannes Gedanken schweiften zurück zu den Tagen ihrer Jugendzeit, da sie als glückliches, sorgloses Mädel im Hause ihrer Mutter war und mit Herzklopfen auf die Schritte lauschte, die ihr den Geliebten näherbrachten.

„Das ist doch ein wertloses Ding im Hause. Und wir haben jetzt erst Dienstag. Noch vier lange Tage, ehe wir einen Penny im Bureau erhalten! Wie denkst du denn die Zeit zu überbrücken, wenn nicht eine Brotkruste im Hause ist; ich weiß es wahrhaftig nicht wie. Ein dummes, dummes Ueberlegen, eine törichte Gefühlsduselei!“

Doch Johanna klang eine Stimme in den Ohren, die ihr weich und lieblich einmal, vor langer Zeit, zugeflüstert hatte: „Johanna, habe keine Angst, wir werden uns zusammen schon recht wohl durchs Leben bringen. Ich denke, du wirst nie den Tag verfluchen, da du eingewilligt hast, mein Weib geworden zu sein. Solange ich gesund bleibe und Kraft in mir fühle, wirst du nie Mangel haben. Und wenn es dir recht ist, heiraten wir einander zu den Feiertagen.“

Und jetzt blickte sie eine Zeitlang den goldenen Reif an ihrem Finger an.

„Johanna, hast du nichts mehr zu sagen? Das Verjahamt wird wegen uns nicht die Sperrstunde verlängern!“

Doch sie hörte noch immer nichts um sich herum.

Und wie stolz war Bob an dem Tage, als Bob geboren wurde! Dieser Knabe sollte nie ein Grubenknecht werden. Rein, er wollte, daß er etwas Besseres werde, vielleicht ein Schulmeister oder gar ein Doktor. Jawohl! Aber das Schicksal war stärker — der Schluß war —

„Nach also einen Sprung herunter! Oder wenn du es nicht hast, werde ich das Zeug selber heruntertragen!“

Bob machte eine Gebärde, um das Grammophon anzupacken, doch Johanna vertrat ihm den Weg.

„Geh mir aus dem Wege Frau, und mache keine Ueberheuten. So geh mir doch aus dem Wege, sage ich!“

„Es darf nicht geschehen“, entgegnete Johanna mit fester Stimme. „Ich bin noch nicht ganz erde, ich habe noch etwas.“

„Kun gut denn, wenn du denkst, daß es nicht notwendig ist, daß ich mir den Kopf darüber zerbreche, wie einen Ausweg finden, dann bin ich ja einverstanden.“ Und er nahm wieder über seinen Buckel Platz.

„Wenn ich ganz auf dem Trocknen sitzen werde, will ich es dir sagen!“

„Du kannst das Grammophon ruhig nehmen, Mutter!“

„Rein, Kind, ich werde dein Grammophon nicht nehmen!“

Sie wickelte den Schal um ihr Haupt, nahm den Korb und schritt eiligst zur Türe hinaus, während Bob etwas über Sachen brummte, die einem die Nerven angreifen und niemanden etwas nützen.

Eine halbe Stunde später saßen alle bei ihrem Tee. Zufrieden, daß genügend in der Vorratskammer war, um die Woche ohne Sorgen durchzukommen.

Doch die friedlichen Gedanken entflohen Bob als er wahrnahm, daß auf dem Finger seiner Ehefrau der goldene Ehering verschwunden war.

Johanna lächelte vor sich hin und Bob versuchte im geheimen keine Laune.

Wie moderne Heilmittel entstehen

Man schreibt aus Levertufen b. Köln a. Rh.: Dem heute lebenden Kulturmenschen ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, daß er, wenn Kopfschmerz ihn plagt, in die Tasche greift und eine Tablette schluckt, daß er, wenn ihn nach herrenidender Hast der Tagesarbeit des Nachts der entspannungbringende Schlaf flieht, mit Hilfe eines Pflückerdorns erquickenden Schlummer herbetrifft. Wieviel mühsame Forscherarbeit aber in den meisten der kleinen Arzneimittel steckt, die uns in so reicher Fülle und bequemer Form in den Schoß gelegt werden: davon werden nur die wenigsten Menschen eine Ahnung haben. Die Zeiten, da es genügte, irgendein Mittel von bekannter Wirkung mit einem schwingvollen neuen Namen zu belegen und mit einer Rieserklame auf den Markt zu werfen, sind vorüber. Nur der ernste wissenschaftlichen Arzneimittelforschung sind in unserer heutigen kritischen Zeit Erfolge beschieden, und der Weg der noch solchen Grundrissen aufgebauten Erzeugnisse ist dornreicher als der irgendwelcher anderen Einzelprodukte. Er beginnt damit, daß in den chemischen Erfindertlaboratorien in emfiger Forscherarbeit neue Stoffe aufgebaut werden, Verbindungen, von denen man nach den bisherigen Erfahrungen und auf Grund vergleichender Schlüsse bestimmte Heilwirkungen erwarten zu dürfen glaubt. Und hier macht sich schon der grundlegende Unterschied von der Arzneimittelforschung vergangener Zeiten bemerkbar. Während man früher aus pflanzlichen Drogen die „galenischen“ Präparate in Auszügen, Abkochungen usw. herstellte, ist man heute bestrebt, die eigentlichen wirksamen Substanzen der Drogen in künstlichem (synthetischem) Aufbau, in mühevollen Kuffstieg von niederen zu höheren Verbindungen, selbst herzustellen. Zahllos sind schon hier Trugschlüsse und Enttäuschungen.

Sind nun durch „synthetischen“ Aufbau Verbindungen dargestellt, die den beiden Hauptforderungen eines Arzneimittels — größtmögliche Wirksamkeit bei geringster Schädlichkeit — zu entsprechen scheinen, so beginnen die umfangreichen und bisweilen recht kostspieligen Tierversuche zur biologischen Auswertung des neuen Mittels. In den pharmakologischen Laboratorien wird an den verschiedensten Versuchstieren (Kaninchen, Meerschweinchen, Katzen, Hunde, Frösche usw.) die Wirkung auf Herzstätigkeit, Blutdruck, Atmung, Wehenstätigkeit usw. ermittelt. In den chemotherapeutischen Instituten wiederum wird (hauptsächlich an Ratten, Mäusen, Bögeln usw.) festgestellt, wie weit gewisse chemische Stoffe imstande sind, Krankheitserreger im Blut lebender Tiere zu töten, ohne die Tiere selbst zu schädigen. Zahllose Präparate fallen schon bei diesen ersten Stationen ihres Prüfungsanges durch. Die wenigen indessen, die das Sieb passieren, haben bisweilen gewaltige Karriere gemacht. So verbandt die moderne Medizin gerade den chemotherapeutischen Versuchen eine Reihe ihrer wertvollsten Waffen im Kampf gegen verdrehte Volksleiden, so das Sphylisittel Salvarsan, das Schlafkrankheitsmittel Germanin, das erste synthetische Malaria-mittel Plasmodin und anderes mehr.

Flehen nun die Tierversuche verheißungsvoll aus, so wird nach vorsichtiger und gewissenhafter Berechnung der jeweils nötigen Dosen die Prüfung von den pharmakologischen und chemotherapeutischen Laboratorien ans menschliche Krankenheit verlegt. Daß die Schwierigkeiten sich nun vergrößern, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Eine Unmenge von Präparaten, auf die man nach dem Ausfall der Tierversuche große Hoffnungen setzte, erweisen sich jetzt erst als unbrauchbar, weil sie die gewünschte Wirkung entweder beim Menschen vermissen lassen oder auch Nebenwirkungen hervorrufen, die ihre Anwendung unmöglich machen. Willens dornreich wird der Prüfungsang, wenn es sich um Arzneimittel gegen außeruropäische Krankheiten handelt. Jetzt schließlich das Ergebnis der klinischen Prüfungen, daß man die Schlüsse, die man aus dem Ausfall der Tierversuche zog, auf den Menschen übertragen darf, dann gibt es, noch eine letzte Bedingung zu erfüllen: die Uebertragung der Herstellung in den fabrikatorischen Großbetrieb. Ist auch dieses oft gar nicht einfache Problem gelöst: dann erst hat das neue Heilmittel glücklich alle Klippen hinter sich, die es auf seinem Werdegang umschiffen mußte.

Dr. med. G. Venzmer.

Wind fördert Heufieber

In Amerika gibt es Institute, die zur Erforschung des Heufiebers große Massen Gräser überwachen. Auf diese Weise hat man nun ermittelt, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem Wetter und dem Ueberhandnehmen von Graspollen in der Luft besteht. Besonders wichtig sind in dieser Beziehung Winde und Regenfälle. Starke Winde steigern das Auftreten von Heufieber in der Zeit der Grasblüte, während andererseits die Aerzte die Beobachtung machten, daß anhaltende Regenfälle dem am Heufieber Leidenden wesentliche Erleichterung bringen. „Die Wirkung des Regens“, erklärt Dr. William Scheppelgrill, Mitglied einer amerikanischen Studienstiftung, erkennt man daran, daß der in der Luft umherwirbelnde Blütenstaub niedergeschlagen und eine weitere Aufwirbelung von Pollen verhindert wird. Wenn der Regen genügend lange anhält, um die Wirkung der eingeatmeten Pollen zu beseitigen, so hat der Patient Ruhe, bis der Regen aufhört und ein Wind von genügender Stärke erneut dafür sorgt, die Luft mit Heufieberpollen zu verfeuchten. Man hat wohl daran gedacht, daß die durch den Regen niedergeschlagenen Pollen trocknen, sich aber wieder in die Luft erheben und erneut die Schleimhäute reizen. Das ist indessen nicht der Fall.

Die Elemente in der Sonne

Die Frage, welche Elemente auf der Sonne vorkommen, ist jetzt von dem amerikanischen Astrophysiker Charles E. St. John beantwortet worden. Bereits nach der Spektralanalyse hatte man von den auf der Erde bekannten 90 Elementen 58 auf der Sonne festgestellt. Man glaubte aber bisher, daß Chlor, Brom, Jod und Fluor auf der Sonne wie auf anderen Sternen fehlen. Dies dürfte jedoch nicht der Fall sein, wie St. John nach einem Bericht der Frankfurter Wochenchrift „Die Umschau“ ausführt. Diese Elemente sind nämlich bei uns in solchen Mengen vorhanden, daß wir ihre Anwesenheit auch für die Sonne annehmen müssen, doch dürften die von ihnen erzeugten Strahlen von dem in den oberen Schichten der Atmosphäre sehr reich vorhandenen Ozon verschluckt werden. In besonders großen Mengen scheint Stickstoff auf der Sonne vorzukommen.

Ein wertvoller Goldschatz könnte geborgen werden, wenn es gelänge, den in den nordamerikanischen Gewässern ankommenden Dampfer „Islander“ zu heben, in dessen Kojute 12 Millionen Mark in Gold liegen. Bisher sind aber alle Versuche zur Hebung vergeblich geblieben.

Staatliche Kraftwirtschaft in U.S.A.

Der dritte Tag Weltkraftkonferenz bringt eine Sensation.

Der gestrige Verhandlungstag der Weltkraftkonferenz brachte am Vormittag interessante Berichte und Vorträge über Fragen der Tarifpolitik der Elektrizitätswerke, am Nachmittag eine sicher noch lange nachhallende sensationelle Rede des amerikanischen Botschafters in Berlin Sackett.

Von Vertretern dieser Länder wurden Vorschläge gemacht, wie die Elektrizitätstarife so festgelegt werden können, daß der Verbrauch elektrischer Energie gehoben wird. In den Vereinigten Staaten hat man durch Umfragen dieser Art in den letzten Jahren eine ganze Wissenschaft entwickelt. Fast alle Redner betonten, daß die Haushaltungen der Massen sehr erwünschte Elektrizitätsverbraucher darstellen. Um jedoch den Verbrauch von Elektrizität zu heben und zu erreichen, daß Elektrizität nicht nur zu Beleuchtungszwecken verwendet werde, sondern daß auch die Masse der Bevölkerung sich auf elektrisches Kochen, auf elektrische Wohnungsreinigung usw. einstellt, wäre es notwendig, daß die Tarife hierfür ganz wesentlich herabgesetzt werden. Hieran haben auch die Elektrizitätswerke Interesse, sofern sie eine weitläufige Tarifpolitik treiben. Denn diejenigen Verbraucher, die Elektrizität nur zur Beleuchtung benutzen, sind den Werken unrentabel. Es entsteht nämlich in den Abendstunden bei den Elektrizitätswerken eine sehr hohe Belastungsspitze; es müssen große Maschinenleistungen vorhanden sein, um diesen hohen Bedarf zu decken, Maschinen, die in den übrigen Tag- und vor allem Nachmittagsstunden stillstehen.

Als am Nachmittag der amerikanische Botschafter in Berlin, Frederic W. Sackett, ein ähnliches Thema behandelte, wurde daraus eine Sensation im Weltmarkt. Es geschah nicht mehr und nicht weniger, als daß der repräsentativste Vertreter Amerikas in Deutschland der amerikanischen kapitalistischen Kraftindustrie wegen ihrer nicht genügend gesenkten Strompreise für die Massen mit der Verstaatlichung der elektrischen Kraft- und Wasserwirtschaft drohte. Sackett sagte:

„Am liebsten würde ich keine andere Industrie, wo der Verkaufspreis ihres Erzeugnisses an die Verbraucherklasse das Fünffache des tatsächlichen Herstellungspreises beträgt. Mein Zweck ist der, einen Mangel hervorzuheben, der gründlichste Erwägung in Ihren Beratungen fordert. Ehe nicht das Verhältnis zwischen Herstellungspreis und Kleinverkaufspreis in der Kraftwirtschaft demjenigen in anderen Industrien gleichgebracht wird, kann kaum berechneterweise die Rede davon sein, daß diese bedeutende Industrie sich rasch dem höchsten Grad ihrer Vollendung nähert... Ein derartig krasser Unterschied zwischen Herstellungspreisen und Kleinverkaufspreisen bietet dem Verteilungsingenieur ein weites Feld. Man mag bestreiten, daß ein solcher Unterschied besteht. Man mag ihn mit größter Geschicklichkeit erklären oder verteidigen — aber Sie, die Sie in diesen Dingen bewandert sind, dürfen nicht vergessen, daß unter den Konsumenten Ihres Erzeugnisses diejenige Klasse, die weitaus die zahlreichste ist, und die die Grundlage der öffentlichen Meinung bildet, von welcher letzten Endes die städtischen

Werke beurteilt und kontrolliert werden, zugleich die ungeheure Masse Menschen darstellt, die jeden Monat in ihrem Haushalt 6 Cents für etwas bezahlen, das, wie man uns fortwährend versichert, in leistungsfähigen elektrischen Werken für 0,3 bis 0,4 Cent hergestellt wird.

Ich habe diese Gelegenheit ergriffen, den Vergleich zwischen Herstellungs- und Verkaufspreis zu ziehen, in Anbetracht einer Lage, die die Aufmerksamkeit des Kraftwesens in Amerika in Anspruch nehmen sollte, wo die Kraftzeugung fast ausschließlich in Privathänden ist. Es gibt in Amerika eine stets wachsende öffentliche Meinung, die von heroischtragend befähigten Leuten geleitet wird, und die staatliche Preisunterstützung gegenüber privaten Kraftunternehmungen verlangt. So drastisch ist diese Forderung, daß sie dem Gedanken Ausdruck gibt, daß alle Wasserkräftequellen verstaatlicht werden müßten. Diese öffentliche Meinung wehrt mit Nachdruck auf die Lieferpreise von gewissen städtischen Werken in Nachbarländern als Beweis von der Unbilligkeit der Preise, die unsere Privatbetriebe für elektrischen Strom fordern. Daraus wird die Folgerung gezogen, daß die Vorteile ermäßigter Preise ohne weiteres auf die Verbraucherklasse übertragen werden könnten, wenn die Kraftanlagen an den schiffbaren Flüssen, die sich durch Verblindung untereinander zu einem einzigen mächtigen System gestalten ließen, verstaatlicht würden. Es gibt keinen Präzedenzfall als Grundlage für diese Theorie, da sich unsere Bundesregierung noch nie mit Herstellung und Verkauf von Kraft befaßt hat. Nur durch einen Versuch kann die öffentliche Meinung überzeugt werden von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung. Ein solcher Versuch würde einen vollständigen Umwälzung in der Politik der Regierung erfordern, was die Ausbeutung und Verwendung der potentiellen Kraft unserer Naturschätze anbelangt. Dadurch würde eine Wandlung in unserer Nationalpolitik stattfinden, da es die Regierung in großem Maßstab zum Konkurrenzpreiserlöser unternehmungen macht.

Man staunt und staunt. Hier ist ein Lehrer der deutschen Unternehmer aufgefunden. Vom deutschen Privatkapital wird seit langem darauf verwiesen, daß die amerikanische Elektrizitätsversorgung ihren hohen Stand nur erreicht habe, weil in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Deutschland die öffentliche Hand auf die Elektrizitätswirtschaft keinen Einfluß habe! Herr Sackett erklärt, die amerikanische private Kraftversorgung ist schlecht, weil der Einfluß des Staates fehlt. Herr Sackett sagt, daß das nur besser werden könne, wenn der Staat mit öffentlicher Konkurrenz, also durch teilweise Verstaatlichung, hier Ordnung schafft. Das kapitalistische aller Länder glaubt nicht anders Elektrizitätsmonopole für die Verbraucher erträglich machen zu können, als in staatlicher Form.

Die Amerikaner waren sehr betroffen; die Deutschen waren es sicher noch mehr. Es wurde denn auch versucht, den Botschafter zu veranlassen, seine Ausführungen zu ändern. Er hat es nicht getan, er hat statt dessen einen der interessantesten und wichtigsten Vorträge gehalten, die bisher die Weltkraftkonferenz gebracht hat!

20,1 Millionen, so daß sich die Rückgänge bei den Aktien und Posten ausgleichen.

Abgeliefert wurden im Geschäftsjahr 1929 56 900 Tonnen Schiffsraum, davon zwei Motorschiffe an die Hapag, zwei Frachtdampfer an den Norddeutschen Lloyd und ein Motorschiff für französische Rechnung. Ins neue Geschäftsjahr ging man mit einem Auftragsbestand von 70 000 Tonnen, wovon aber nur noch 11 000 Tonnen für deutsche Rechnung waren. Inzwischen sind neue Bestellungen hereingekommen, so daß das Werk bis ins nächste Jahr hinein voll beschäftigt ist. Wenn auch über den starken Preisdruck bei Bestellung von Neubauten geklagt wird, so zeigt dieser Abschluß doch, daß gut geleitete und gut fundierte Unternehmen der Werftindustrie auch unter den heutigen schlechten Verhältnissen bestehen und sogar anständig verdienen können.

Steinkohlenkonjunktur.

Die Bergbau A.-G. Lothringen 1929.

Die gute Konjunktur des Ruhrbergbaus im vorigen Jahr hat auch die Bergbau A.-G. Lothringen, Hannover, in Stand gesetzt, zum ersten Male seit 1922 wieder eine Dividende (3 Proz.) auszuschütten. Noch vor einem Jahr war die Lage des Unternehmens so schlecht, daß das Kapital von 80 auf 50 Mill. herabgesetzt werden mußte als Korrektur der zu hoch erfolgten Festlegung bei der Goldmarkumstellung. Die Buchgewinne wurden zur Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds auf 5 Mill., zur Tilgung des Aufwertungsanleihekontos (2,38 Mill.) und zu Abschreibungen auf Anlagen und Beteiligungen verwendet.

Als Neuzugang sind bei den Anlagen 670 000 Mk. verbucht, ein Betrag, der viel zu niedrig erscheint, da nicht nur die Kohlenrubenanlagen bedeutend ausgebaut, sondern auch die Anlagen der Blankenburger Gießereibetriebe und die der Flusshäfen- und Eisenerzbergwerke erweitert wurden. Im Zusammenhang mit diesen Erweiterungen war die Zahl der Beschäftigten noch am Jahresschluß, als schon Abzugsrückgang und Felerücklagen sich bemerkbar machten, mit 10 500 um mehr als 500 höher als im Vorjahr. Dabei wurde im letzten Jahre neben der finanziellen Umstellung eine durchgreifende betriebliche Rationalisierung vorgenommen, die die Förderleistung erheblich steigerte, also arbeitsparender wirkte.

Das Konto Schuldner hat sich um 1 Mill. auf 13,1 Mill., das Konto Gläubiger um 1,4 Mill. auf 5,4 Mill. erhöht. Aber die Akzeptverbindlichkeiten sind um eine Dreiviertelmillion höher. Langfristige Schulden konnten ebenfalls um 1 Mill. auf 19,2 Mill. ermäßigt werden, wodurch der Zinsaufwand von 2,95 auf 2,56 Mill. zurückging. Aus dem Reingewinn von 2 Mill. werden 3 Proz. Dividende verteilt. Nach allem scheint Lothringen schon im ersten Rationalisierungsjahre nicht unerhebliche stille Reserven angehäuft zu haben.

Aus den Produktionsziffern: Die Steinkohlenförderung stieg von 2,28 auf 2,60 Mill. Tonnen, die Bräunkohlenförderung von 88 800 auf 132 150 Tonnen (um 50 Proz.), die Koksproduktion um 24 000 auf 524 000 Tonnen. An Gas wurden 72,38 (66,95) Mill. Kubikmeter, an elektrischer Energie 57,58 (49,97) Mill. Kilowattstunden abgegeben. Auch alle anderen Abteilungen arbeiteten günstiger als im Vorjahr.

Mißerfolg in Holland.

Nur 40 Prozent der Young-Anleihe gezeichnet.

Die Auslegung der Reparationsanleihe war in Holland ein Misserfolg. Von den ausgelegten 73 Millionen Gulden wurden zunächst nur 40 Proz. gezeichnet. Dieser bisher einzige Misserfolg der Reparationsanleihe scheint besondere Gründe zu haben. 73 Millionen Gulden waren für das kleine Holland, dessen Kapitalmarkt immer sehr stark in Anspruch genommen worden ist, außerordentlich viel. Sodann sind die Holländer die wichtigsten Weltkäufer in Kolonialprodukten; der Sturz der Kolonialpreise hat bei diesen sehr kapitalkräftigen Großhändlern zur Zurückhaltung in der Kapitalanlage geführt. Endlich hatte die Amsterdamer Börse gerade am Zeichnungstage im Zusammenhang mit dem New-Yorker Crash starke Kurseinbußen erlitten, so daß die Zeichner auch dadurch abgeschreckt wurden. Es wird jedoch erwartet, daß die Restsummen in den nächsten Tagen noch untergebracht werden können.

Nordwolle ohne Dividende.

Der größte deutsche Wollkonzern, die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen, schließt das Jahr 1929 mit einem Verlust von 645 000 Mark ab. Dabei hat das Unternehmen von Abschreibungen abgesehen, da durch die umfangreichen Investitionen der letzten Jahre die technische Einrichtung auf Höchststand gebracht worden ist. Im Vorjahr verteilte die Norddeutsche Wolle noch 8 Proz. aus einem Reingewinn von 8,196 Millionen Mark. Bei der ungünstigen Entwicklung in Bremen spielt der Sturz der Wollpreise eine Rolle. In einem von der Norddeutschen herausgegebenen Communiqué wird gesagt, „daß sich die Erkenntnis, der Wollpreisstand könne kaum noch unterschritten werden, immer weiter ausdehne“. Mit dieser Auffassung befindet sich die Norddeutsche Wolle in Übereinstimmung mit den Berichten des Instituts für Konjunkturforschung.

Der schlechte Abschluß bei der Norddeutschen Wolle ist als Zufallsabschluß zu bewerten bzw. als Folge von Gründen, die mit der Preisbewegung auf den Weltmärkten verflochten sind.

Ein Wettkennen auf Leben und Tod veranfaßte etwa dreißig Ozeanische, am noch in der Nacht zum 18. Juni den New-Yorker Hafen zu erreichen. Zu Mitternacht trat nämlich der von Hoover überrollend schnell unterzeichnete neue Zolltarif in Kraft, der für viele auf den Schiffen verladene Waren erheblich höhere Zölle gebührt hätte. Inzwischen war von diesen Schiffen ist die Ladung gelungen. Die Einnahmen der New-Yorker Zollstation haben alle früheren Rekorde geschlagen. Alle Docks waren mit Waren überfüllt.

Betriebsbeschränkung bei Daimler-Benz. Die von der Daimler-Benz A.-G. beantragte Genehmigung zur Entlassung von 400 Arbeitern beim Karlsruherwerk in Sindelfingen wurde erteilt. Jetzt vor Ablauf der Sperrfrist wird nur drei Tage in der Woche gearbeitet.

Leonhard Tisch, der Kölner Warenhauskonzern, verteilt aus den Gewinnen seiner drei Dugend Warenhäuser, sechs Fabriken und fünf Tochtergesellschaften für 1929/30 wie im Vorjahr wieder 10 Proz. Dividende auf das Kapital von 37 Mill. Mk., neben dem noch rund 25 Mill. Mk. Anteile im Konzern arbeiten.

Konzentration des Reichtums.

Interessante Veröffentlichungen der Bank für deutsche Industrie-Obligationen.

Ueber die Vermehrung des industriellen Reichtums und das schnelle Konzentrationstempo im kapitalistischen Deutschland während der Jahre 1926 bis 1929 ist von der Bank für deutsche Industrie-Obligationen sehr wertvolles Material veröffentlicht worden. Die Bank für Industrie-Obligationen hatte unter dem Dames-Plan die Aufgabe, die Industriebelastung im Betrage von insgesamt 5 Milliarden und von jährlich 300 Millionen auf die deutschen Industrie-, Bank-, Verkehrs- und Handelsbetriebe sowie die öffentlichen Betriebe (ohne Reichsbahn und ohne die gesamte Landwirtschaft) umzusetzen, die Industriebelastung einzuziehen und über den Reparationsanleiheplan an die Reparationsgläubiger weiterzuleiten. Bei dieser Arbeit ergaben sich tiefe und zum Teil neuartige Einblicke in die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die jetzt für die Jahre 1926 bis 1929 von der Bank der Öffentlichkeit übergeben worden sind. Aufbringungspflichtig waren sämtliche Betriebe (ohne Landwirtschaft und Reichsbahn) mit einem Betriebsvermögen von mehr als 20 000 Mk.

Von 1926 bis 1929 ist die Zahl der erfaßten Betriebe mit über 20 000 Mk. Betriebsvermögen von 157 420 auf 208 751 oder um mehr als 10 Proz. gestiegen. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß von 1926 bis 1928 ein Rückgang um rund 1500 Betriebe zu verzeichnen war, was zweifellos mit der Konzentrations- und Rationalisierungsbewegung zusammenhängt. Die starke Steigerung im Jahre 1929 ist freilich auch dadurch zu erklären, daß man das erfaßte Grundvermögen nach einem höheren Einheitswert als früher veranlagte.

Noch stärker als die Zahl ist das Vermögen der erfaßten Betriebe gestiegen, was einen wichtigen Einblick in den trotz der steigenden Reparationslast wachsenden Reichtum der deutschen Industrie erlaubt. Von 1926 bis 1929 ist das zur Aufbringung herangezogene Vermögen von 40,7 auf 42,7 und bis 1929 sogar auf 48,7 Milliarden Mk. gestiegen, so daß in dem einen Jahr 1929 eine Reichtumsvermehrung von fast 15 Proz. festzustellen ist. Diese Reichtumsvermehrung betrifft auch den Durchschnitt der Betriebe: auf den einzelnen erfaßten Betrieb kamen 1926 217 000 Mk., 1929 aber 233 000 Mk. Der Löwenanteil des industriellen Reichtums bzw. des erfaßten Betriebsvermögens liegt natürlich in der eigentlichen Industrie mit 66,7 Proz., d. h. bei Bergbau, verarbeiteter Industrie, Handwerk und Baugewerbe. Bemerkenswert aber ist, daß der Anteil der Banken und Versicherungsunternehmen in den drei Jahren bis 1929 von 6,4 auf 8,2 Proz. gestiegen, während der Anteil der Industrie von 69,0 auf 66,7 Proz. gesunken ist; ein Beweis

für die große Substanzvermehrung, die bei Banken und Versicherungsunternehmungen in dieser Zeit eingetreten ist.

Recht interessant ist auch die Frage, wie stark Aktiengesellschaften und sogenannte Personalunternehmungen der Zahl und dem Werte nach an der Aufbringung beteiligt waren. Auf die Aktiengesellschaften entfielen im Jahre 1929 der Betriebszahl nach nur 4,3 Proz., dem Betriebsvermögen aber nicht weniger als 45,4 Proz. Auf die Personalunternehmungen (also nicht Aktiengesellschaften oder GmbH's) kamen der Betriebszahl nach nicht weniger als 8,2 Proz., dem Betriebsvermögen nach aber nur 35,3 Proz!

Die kleinste Zahl, aber die reichhaltigsten Vermögen stellen die Großbetriebe mit einem Betriebsvermögen von über 5 Millionen Mk. Es sind nur 0,5 Proz. der Betriebe, also nur ein Zweihundertstel der Gesamtzahl, die ein Vermögen von über 5 Millionen Mk. haben, aber auf dieses halbe Prozent kam ein Betriebsvermögen von 19,8 Milliarden oder rund 45 Proz. jener 48,7 Milliarden, die insgesamt erfaßt wurden. Das Betriebsvermögen der Betriebe mit mehr als 5 Millionen Mk. ist gleichzeitig von 1926 bis 1929 von 15,3 auf 19,7 Milliarden gestiegen, so daß von der Reichtumsvermehrung seit 1926 mehr als 50 Proz. auf dieses halbe Prozent der insgesamt erfaßten Betriebe entfallen.

Es gibt auch rentable Werften!

Das Beispiel des „Bremer Vulkan“

Der Abschluß des Bremer Vulkan für 1929 zeigt, daß die vielbesprochene Krise in der Werftindustrie doch nicht so allgemein ist wie angenommen wird. Dieses von der Schwerindustrie beherrschte Unternehmen kann wie im Vorjahr wieder 8 Proz. Dividende auf ihr 10-Millionen-Kapital verteilen; daß die Bärse die Lage dieser Werft sehr günstig beurteilt, zeigt der für die Vergütung verhältnismäßig hohe Kurs von 132 Proz. (11. Juni).

Die Abschreibungen sind nicht übermäßig hoch, doch läßt sich nicht beurteilen, wie weit nicht in der Zuschreibung der Reserven Rille Reserven stecken. Die flüssigen Mittel, die das Aktienkapital weit überschreiten und in der Hauptsache aus Anzahlungen für Neubauten herrühren dürften, sind von 18,7 Millionen auf 16 Millionen RM. zurückgegangen; ebenso zeigen die Materialbestände und in Arbeit befindlichen Schiffe wegen der inzwischen erfolgten Ableserungen einen Rückgang von 18,5 Millionen auf 10,3 Millionen. Andererseits (entsteht) sich das entsprechende Konto unter den Posten „Schulden und Anzahlungen“ von 31,7 Millionen auf

Rationalisierungsfolgen.

Der Fabrikarbeiterverband im Krisenjahr 1929.

Rationalisierung und im Gefolge Wirtschaftskrise haben die Verarbeitung des Fabrikarbeiterverbandes im Jahre 1929 ungünstig beeinflusst. Entlassungen, Betriebsbeschränkungen, Betriebsstilllegungen waren das ganze Jahr hindurch, insbesondere aber im 2. Halbjahr an der Tagesordnung. Allein die A. G. Farbenindustrie hat im Jahre 1929 nach ihrem Geschäftsbericht die Zahl der Beschäftigten um etwa 23 000 verringert. Auch sonst sind in der chemischen Industrie als Wirkung der Rationalisierung und des technischen Fortschritts zahlreiche Betriebe stillgelegt. Wieder andere haben die Zahl der Beschäftigten eingeschränkt.

In der Holzverarbeitungsindustrie wurden Betriebe stillgelegt, weil die A. G. Farbenindustrie auf synthetischem Wege die Produkte dieser Industrie billiger herstellt. In der Zündholzindustrie Stilllegung von Betrieben als Wirkung des Zündholzmonopols und der kapitalistischen Betriebskonzentration. In der Kunstseide-erzeugung, aufgebracht durch spekulative Ausweitung der Produktionskapazität, Abschwerung infolge Ueberfüllung des Marktes durch Ueberproduktion. Die Betriebskonzentration in der Gummiindustrie hat durch die Bildung des Continental-Konzerns die

Produktion gesteigert, wichtige Betriebsstätten stillgelegt, die Zahl der Beschäftigten um Tausende vermindert.

Die Papiererzeugungsindustrie hatte auch im Krisenjahr 1929 noch einen verhältnismäßig guten Geschäftsgang. Trotz Steigerung der Produktion aber auch Betriebsstilllegungen und Entlassungen.

Berminderung der Betriebsstätten in der Rübenzuckerindustrie. Die Margarineindustrie weist steigende Produktionszahlen, aber Verringerung der Arbeiterkraft auf. Ueberall Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine.

In der Porzellanindustrie sterben einer großen Anzahl älterer Betriebe, insbesondere in Mitteldeutschland. Die Ursache liegt in der Verringerung der Geschmacksrichtung und im Rückgang der Kaufkraft im Inlande. Im Auslande stieg die deutsche Konkurrenz auf erhöhte Zollmauern und Steigerung des Wechselkurses. Die fortschreitende Mechanisierung der Glasindustrie zwingt Betriebe älterer Konstruktion zur Stilllegung.

Die rückgängige Baukonjunktur brachte Produktions-einschränkungen in der Ziegelindustrie. In der Zementindustrie betreiben die großkapitalistischen Unternehmungen

rücksichtslos Stilllegungspolitik.

Unter diesen ungünstigen Verhältnissen mußte naturgemäß die Verarbeitung des Fabrikarbeiterverbandes von 477 000 auf 469 000 geringfügig, und es zeigt für das letzte Geschäftsjahr des Verbandes und für keine energische Verarbeitung, daß der Rückgang nicht größer ist.

Im Gegensatz zur Mitgliederentwicklung hat die finanzielle

Kräftefassung gute Fortschritte gemacht. Die Einnahmen des Verbandes an Verbandsbeiträgen stieg gegenüber dem Vorjahre um über 3 1/2 Millionen Mark auf fast 22 Millionen. Die Ausgaben für Verbandsunterstützungen aus der Hauptkasse betragen 6,8 Millionen Mark, zusammen mit den aus den Lokalkassen geleisteten Unterstützungen 7,3 Millionen Mark.

Wein für Erwerbslosenunterstützung 6 080 153 M.

Am 1. Januar 1930 ist die Invalidenunterstützung in Kraft getreten. Ueber 10 000 alte, arbeitsunfähige Verbandsmitglieder beziehen bereits Unterstützung. Die Aufwendungen hierfür im laufenden Jahre dürften annähernd 1 Million betragen. Das Vermögen des Verbandes wuchs um 6 1/2 Millionen Mark und ist auf 17,8 Millionen Mark (Haupt- und Lokalkasse) gestiegen. Der Verband führte im letzten Jahre

1264 Lohnbewegungen in 14 214 Betrieben mit 1 116 461 Beschäftigten.

1191 Lohnbewegungen für 1 084 142 Beschäftigte konnten ohne Arbeitseinstellungen zum günstigen Ende geführt werden, während die übrigen durch Arbeitseinstellung entschieden werden mußten. An den Lohnbewegungen wurden erreicht: für 743 770 Beschäftigte Erhöhungen der Tariflöhne in durchschnittlicher Höhe von 1 332 490 M. wöchentlich, für 30 781 Beschäftigte Verfürzung der Arbeitszeit, für 340 663 Beschäftigte sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Erhöhungen der Alterslöhne, Verbesserung der Ueberstundenbezahlung, Sonderzuschläge, Verbesserung von Tarifbestimmungen hinsichtlich Arbeitsurlaub usw.). Für 26 011 Beschäftigte wurden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Den an den Lohnbewegungen beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen wurden etwa

71 Millionen Mark als zusätzliche Jahreslohnkraft.

als Anteil an dem Rationalisierungserfolg der Industrie zugeführt. Jeder Beteiligte erhielt im jährlichen Durchschnitt eine Erhöhung der Tariflöhne von 95 M. oder 1,82 M. in der Woche.

Am 31. Dezember 1929 bestanden 1079 von Fabrikarbeiterverband abgeschlossene Lohnverträge für 11 874 Betriebe und 341 356 Beschäftigte. Von den unter den Bestimmungen der Lohnverträge arbeitenden Personen gehörten 353 458 oder 66,2 Proz. der gewerkschaftlichen Organisation an. Davon kamen auf den Fabrikarbeiterverband 456 772 Beschäftigte oder 54,4 Proz. der Beschäftigten. Sicherlich wären die Lohnverträge in ihrem Inhalt besser, wenn alle Beschäftigten, die unter diesen Tarifen arbeiten, auch dem Fabrikarbeiterverband angehörten, wenn sie nicht nur Nutznießer der Erfolge, sondern auch Teilnehmer an den Kämpfen um die Gestaltung der Tarife wären.

Die gegenwärtige harte Wirtschaftskrise bedeutet zweifellos eine starke Hemmung des gewerkschaftlichen Aufstiegs. Die im Verbandsvereinigten Kräfte sind aber stark genug, um die Wirkungen der Wirtschaftskrise zu überwinden.

Der den christlichen Gewerkschaften angehörende Deutschnationale Handlungsgehilfenverband haben ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Es geht auch ohne Lohnabbau. In der Metallindustrie Thüringens.

Ämtlich wird mitgeteilt: Am Lohnvertragsstreik bei der Metallindustrie für das südliche Thüringen (Reinlingen) war der Schiedspruch der Schlichterkammer, der im wesentlichen die bisherige Lohnregelung wieder in Kraft setzt, von den Unternehmern abgelehnt und von Arbeitern angenommen worden. In der Nachverhandlung über die von den Arbeitern beantragte Verbindlichkeitsklärung wurde im Reichsarbeitsministerium eine Einigung der Parteien auf der Grundlage des Schiedspruchs erzielt.

Verbandstag der Textilarbeiter. Das Vertrauen der Mitglieder.

Stuttgart, 18. Juni (Eigenbericht).

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Verbandstages der Textilarbeiter referierte Dreßler über die Ausgestaltung der Verbandsgesetzgebung. Die Gewerkschaftspresse habe eine grundlegende Umgestaltung in den letzten Jahren erfahren. Gemäß des größten Aufgabentzweiges der Gewerkschaften haben die Verbandstätter ganz andere Aufgaben zu erfüllen als jemals zuvor. „Der Textilarbeiter“ hat als erstes Gewerkschaftsblatt mit dem Abdruck von Kommanen begonnen. Diese Erweiterung der Verbandsgesetzgebung hat nicht nur Befall bei den Mitgliedern gefunden, sondern andere Gewerkschaftstätter haben es nachgeahmt. Dazu ist eine enge Verbindung zwischen dem Fachblatt und der Familie geschaffen. Von der Verwendung von Bildern, Zeichnungen und graphischen Darstellungen hat die Redaktion im weitesten Maße Gebrauch gemacht und dabei weit über die Mitgliedschaft hinaus große Anerkennung gefunden. Der Wert der Gewerkschaftspresse in ihrer Bedeutung im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben kommt mehr und mehr zum Durchbruch.“

Den Bericht vom Verbandsauschuß gab Schröder-Hannover, den Bericht der Wandsperrprüfungskommission wurde von Frau Döring-Stuttgart gegeben. Auf dem Verbandstag sind 230 Vertreter. Von den 199 Delegierten besteht der übergroße Teil aus Kollegen die im Betrieb stehen, darunter 24 Frauen.

Der Vertreter des ADGB, Genosse Knoll nahm zu den verschiedenen Äußerungen in der bisherigen Verhandlung Stellung. Die Gewerkschaft wäre nicht in der Lage, die Rationalisierung zu verhindern oder ihren Gang zu bestimmen. Mit Sympathie und Antipathie lassen sich wirtschaftliche Prozesse nicht regeln. Knoll gab ausführlich Auskunft über die Verhandlungen zwischen den Gewerk-

schaften und den Unternehmern. Die Initiative dazu ging von dem Unternehmern aus; sie machten das Zugeständnis, daß an dem Grundbedingen der Sozialversicherung nicht gerüttelt werden soll.

Nicht weniger als 26 Delegierte beteiligten sich an der Debatte, die auf einem außerordentlich hohen Niveau stand. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde kaum kritisiert. Die Delegierten erkannten un-
gemein an, daß der Vorstand seine Pflicht getan habe. Lediglich die zwei anwesenden kommunistischen Delegierten versuchten zu modern. Aber selten ist eine kommunistische Kritik so ganz gewesen, als auf dem Verbandstag der Textilarbeiter. Die Diskussion als Ganzes gesehen, erbrachte den erdrückenden Beweis, daß die Textilarbeiter in den meisten Bezirken sich in einer schlechten sozialen Lage befinden. Groß waren wohl die Erfolge des Verbandes, aber noch viel mehr bleibt zu tun. Das hat die Debatte sehr eindrucksvoll zu erkennen gegeben.

Um die Arbeitszeit im Bergbau. Regierungen und Unternehmer gegen Arbeiter.

Genf, 18. Juni. (Eigenbericht).

In der Kommission zur Beratung der Konvention über die Arbeitszeit der Bergarbeiter wurde im Mittwoch der Antrag der Arbeitergruppe auf sofortige Einführung des Siebenstundentages mit 27 gegen 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der englische Antrag auf sofortige Einführung der 7 1/2stündigen Arbeitszeit wurde mit 25 gegen 18 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen verworfen. Außer den 16 Arbeitnehmervertretern stimmten nur die Regierungsvertreter von Holland und England für den englischen Antrag.

Der englische Arbeitnehmervertreter Coak nach den Abstimmungen eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Arbeitnehmervertreter lieber keine Konvention als eine nichtsagende Konvention mit nach Hause nehmen würden. Der Direktor des Arbeitsamtes Thomas und der Vorsitzende der Kommission Dr. Braun-Deutschland ersuchten die Arbeitergruppe, noch ernstlich zu überlegen, ob nicht eine Konvention mit geringfügigen Vorteilen dennoch besser sei, als keine Konvention. Schließlich wurde die Sitzung auf Donnerstagvormittag 10 Uhr verlegt, um der Arbeitergruppe Gelegenheit zu internen Beratungen zu geben.

Gefahr in Mansfeld!

Landjäger als Gäste der Mansfeld A.G.

Im Mansfelder Aussperrungsgebiet bemühen sich die kommunistischen Propagandateure und die ins Kampfgebiet entlassenen Landjäger, sich gegenseitig wild zu machen. Die Kommunisten arbeiten planmäßig darauf hin, Zwischenfälle und Unruhen heraufzubeschwören. Ohne Kravall und Blutergüssen können sie nicht leben. Die Landjäger sind nervös und haben Stellenweise ohne irgendwelche Warnungen bei Ansammlungen wahllos drauflos.

Die verantwortlichen Behörden tun gut daran, wenn sie rechtzeitig dafür sorgen, daß alle übernatürlichen Schutzorgane aus dem Revier entfernt werden. Die kommunale Polizei hat sich bisher durchaus korrekt verhalten. Warum können das nicht auch die Landjäger. Insbesondere psychologisch im höchsten Grade ungeschickt ist es, einen Teil der Landjäger ausgerechnet in Gebäuden der Mansfeld A.G. unterzubringen und dort aus der Angestelltenküche zu speisen. Die Behörden und ihre Organe müssen auch den Schein von Parteilichkeit vermeiden. Sonst kann es in Mansfeld kritisch werden!

Demonstrationsstreik im belgischen Bergbau.

Brüssel, 18. Juni. (Eigenbericht).

Der belgische Bergarbeiterverband hat beschlossen, am Montag, dem 20. Juni, in allen Grubenrevieren einen einseitigen Generalstreik zu proklamieren. Das Ziel des Streiks ist die Forderung der Bergarbeiter nach einer Altersrente von jährlich 4000 Franken größeren Nachdruck zu verleihen.

Die folgenden Veranstaltungen sind im Volkspark festgesetzt: - Am Sonntag, 21. Juni, um 12 Uhr, Sonnenwendfeier im Volkspark Jungfrunche, Festlichkeitsfeier. - Sonntag, 22. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 23. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 24. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 25. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 26. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 27. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 28. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 29. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 30. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Es spielen die Revuegruppen im Volkspark festgesetzt: - Am Sonntag, 21. Juni, um 12 Uhr, Sonnenwendfeier im Volkspark Jungfrunche, Festlichkeitsfeier. - Sonntag, 22. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 23. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 24. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 25. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 26. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 27. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 28. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 29. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest. - Sonntag, 30. Juni, um 10 Uhr, Tag der Jugendgruppen, Jugendgruppenfest.

Jugendgruppe des Verbands der Angestellten

Die am Montagabend der Angestellten für die Gruppe Nordwest beteiligten Angestelltenverbände, vor allem der AFA-Bund, lehnen die dringlichste Kürzung der Gehälter der Angestellten ab. Der AFA-Bund weist darauf hin, daß trotz der inzwischen erfolgten Verringerungen die tariflichen Verhältnisse der Angestellten in der Gruppe Nordwest noch immer zu den schlechtesten im ganzen Reichsgebiet gehören. Eine Senkung der Lebenshaltungskosten werde für die Arbeiter und Angestellten nicht eintreten. Dafür Sorge schon die Steuer- und Zollpolitik der Regierung. Die ganze, so geräuschvoll angekündigte Preisfestsetzung, werde sich auf Kosten der Arbeiterschaft vollziehen. Dagegen würden sich die Arbeiter und Angestellten aufs äußerste wehren. Der Hirsch-Dunersche Gewerkschaftsbund der Angestellten und

Gegen Lohndruck in Nordwest.

DWA. unterstützt jeden Widerstand.

Bochum, 18. Juni. (Eigenbericht).

In einer Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Bezirk Essen, machte Bezirksleiter Wolff Mitteilung von den Beschlüssen, die der Beirat des DWA. in diesen Tagen in Berlin zu der Lohnsenkungsaktion der Unternehmer in der Gruppe Nordwest gefaßt hat.

Wolff wies darauf hin, daß die ausgesprochene Generalabkündigung nicht so leicht zu nehmen sei, wie es die Unternehmer glauben machen wollten. Der DWA. sei der Auffassung, daß der Affordlohnentzug mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Die Mitglieder sollten sich unter keinen Umständen Abzüge gefallen lassen. Das Beispiel von Nordwest werde sonst im ganzen Reich in verhängnisvoller Weise Schule machen. Darum gelte es in Nordwest, den ersten entscheidenden Schlag abzuwehren. Der Beirat habe einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß den Metallarbeitern, die sich gegen den Abzug wehren, die volle Unterstützung des Verbandes, der sich stark genug dazu fühle, zuteil werde. Die Drohung der Unternehmer, den Verband regreßpflichtig machen zu wollen, sei rechtlich gar nicht haltbar.

Die gleiche Haltung wie der DWA. wird der Gewerkschaften Hirsch-Duncker einnehmen. Die christlichen Gewerkschaften haben in ihren Belegschaftsversammlungen bisher ebenfalls eine Senkung der Affordlöhne abgelehnt. Die Arbeiter wehren sich gegen Stregewald und die Eisverindustrie.

Auch die Angestellten wehren sich.

Bochum, 18. Juni. (Eigenbericht).

Die am Montagabend der Angestellten für die Gruppe Nordwest beteiligten Angestelltenverbände, vor allem der AFA-Bund, lehnen die dringlichste Kürzung der Gehälter der Angestellten ab. Der AFA-Bund weist darauf hin, daß trotz der inzwischen erfolgten Verringerungen die tariflichen Verhältnisse der Angestellten in der Gruppe Nordwest noch immer zu den schlechtesten im ganzen Reichsgebiet gehören. Eine Senkung der Lebenshaltungskosten werde für die Arbeiter und Angestellten nicht eintreten. Dafür Sorge schon die Steuer- und Zollpolitik der Regierung. Die ganze, so geräuschvoll angekündigte Preisfestsetzung, werde sich auf Kosten der Arbeiterschaft vollziehen. Dagegen würden sich die Arbeiter und Angestellten aufs äußerste wehren. Der Hirsch-Dunersche Gewerkschaftsbund der Angestellten und



Mutti macht unsere Brause selbst

Es ist ja so einfach, eine wohlschmeckende Brause zu bereiten. 1 Teelöffel „Bullrich-Salz“ wird in einem Glase Zuckerwasser (Fruchtsaft nach Belieben) unter Zusatz von ein wenig Essig oder Zitronensaft aufgelöst. Dieses erfrischende, durststillende Getränk wird in der ganzen Welt, speziell in heißen Ländern, wegen seiner Bekömmlichkeit geschätzt.

Ein 100-Gramm-Packung zu 30 Pf. ergibt 30 Gläser Brause zu je 1 Pf.

Bullrich-Salz